

Bezugspreis:
Vierteljährlich 10.- M., monatlich 3.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Be-
zug: Monatlich 10.- M., einjährig 30.- M.,
Bezugsgebühren: Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Memelgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 20.- M., für
das übrige Ausland 27.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Italien, Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 16. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Hauptzeile
kostet 1,50 M. „Kleiner Anzeigen-
“ das fertige Blatt 1,50 M. (zu-
lässig zwei fertige Zeilen). Jedes
weitere Wort 1.- M. (Schlusszeile
und Schlusszeilenpreis das erste
Wort 1.- M., jedes weitere Wort
50 Pf.). Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Pf. Ein-
druck 2. abzugeben werden. Größe
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

England für Anhörung Deutschlands.

London, 15. August. (W.B.) Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhaus, der Völkerbundrat sei gebeten worden, sein Gutachten über die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien abzugeben, welche die alliierten und assoziierten Hauptmächte festlegen sollten. Mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien seien die im Völkerbundrat vertretenen Mächte gebeten worden, die Sache als sehr dringlich zu behandeln. Die Frage der Abhaltung der Tagung in nächster Zeit werde jetzt vom Völkerbund erwogen. Auf die Frage, ob die Vertreter Polens und Deutschlands ersucht werden sollen, ihre Sache darzulegen, erklärte Lloyd George, er hege keinen Zweifel, daß den Beteiligten durchaus Gelegenheit gegeben werde, ihre Sache zu vertreten, indessen liege solches lediglich innerhalb der Befugnisse des Völkerbundes.

Aufruf der Reichsregierung.

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider Erwarten nicht gefallen. Der Spruch ist verurteilend worden. Die Leidenszeit des ober-schlesischen Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden, es gilt in jähem Ausmaß weiter auszuharren.
Ober-schlesien! Ihre Sache ist gerecht. Die Gerechtigkeit wird und muß siegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt euch mit überwältigender Mehrheit für Deutschland ausgesprochen, euer und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien beim Reich verbleibt. Oberschlesien! Ihr habt bisher trotz schwerster Herausforderungen musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigste Abwehr der Gewalttaten polnischer Insurgenten hat euch die Welt nicht verurteilt. Bewahrt auch weiterhin die Selbsttätigkeit, die euch bisher ausgezeichnet hat! Laßt die tüchtige Ueberlegung nicht schwinden und laßt euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten. Die eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würden!
Mit euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen euch und dem Mutterlande wieder fallen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet zum Besten Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und des Friedens der Welt.
Der Reichspräsident: Ebert. Die Reichsregierung: Dr. Brüning.

Polen protestiert.

Warschau, 15. August. (O.C.) Der Ministerrat beschloß, eine Note an die alliierten Großmächte zu richten, worin gegen die Verzögerung der ober-schlesischen Frage Protest erhoben wird. Die Verzögerung rufe einen nicht wieder gutzumachenden Schaden für die ober-schlesische Bevölkerung hervor, dies sei auf die Dauer unerträglich und beeinträchtige die Festigung des inneren Zustandes des Polenstaates.

Berlin, 15. August. (W.B.) Der Reichsterrat in Paris hat die polnische Regierung aufgefordert, die endgültige Anwendung der beabsichtigten Maßnahmen gegen die Domänenpächter, besonders den Verkauf von Material und Vieh anbelangt, zu vertagen.
Dieser Beschluß bedeutet hoffentlich eine, wenn auch nur vorläufige Erleichterung für die deutschen Domänenpächter, gegen die Polen im Widerpruch selbst gegen die Versailles Bestimmungen ründerlich vorzugehen sich „gesetzmäßig“ angeschickt hatte.

Paris, 15. August. (O.C.) Herr Ribot war es bisher nicht möglich, alle Mitglieder des Völkerbundes telegraphisch zu erreichen. Alle bisherigen Nachrichten über den Zusammentritt des Völkerbundes an einem bestimmten Tage scheinen also verfrüht zu sein.

Gehts wieder los!

Beuthen, 15. August. (W.B.) Gestern abend gegen 7 1/2 Uhr wurde eine vor dem Waldplatz in Dombrowa auf die Straßenbahn wartende etwa 100köpfige Menschenmenge von etwa 30-40 Banditen plötzlich umzingelt, mit Stöcken geschlagen und mit Waffen bedroht. Mehrere Männer und Frauen wurden durch Stoßschläge blutig verletzt. Ein Kaufmann aus Beuthen wurde mit einem Gummiknüppel derart geschlagen, daß er ins Krankenhaus geschickt werden mußte. Als Polizeibeamte herbeieilten, ergriffen die Banditen die Flucht und entkamen unerkannt.

Beuthen, 15. August. (W.B.) Heute abend gegen 8 Uhr versuchten Insurgenten, unterstützt von Mannschaften der Gemeinde-sache Hohenlande, einen Vorstoß gegen die Stadt Beuthen, wobei 2 Deutsche verwundet wurden, darunter einer sehr schwer. Den Epochen gelang es, 6 Insurgenten zu ermitteln und zu verhaften. Sie wurden unter starker Bedeckung nach Beuthen abgeführt.

Sympathisches aus Polen.

Kolmar, 15. August. (U.) Hier sind 50 deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen auf Verlangen der polnischen Berufsvereinigung entlassen worden. Die Seele dieser Bewegung war ein Arbeiter Zukalowski, der aus Westfalen gekommen war. Als Drahtzieher wird der Kolmarer Propst angesehen. Zugunsten der Entlassenen traten 500 Arbeiter und Angestellte in den Streik. Die polnische Berufsvereinigung erklärte sich daraufhin damit einverstanden, daß die gelehrten Arbeiter wieder eingestellt werden, weil die Betriebe ohne die deutschen gelehrten Arbeiter nicht auskommen. Die deutschen Arbeiter verharren jedoch im Streik.

Posen, 15. August. (U.) Hier fand die Welke von vier Panzerzügen statt, die in den Werkstätten der Fabrik H. Tegreßki erbaut sind. Die Züge führen die Bezeichnungen: „Danuta“, „Poznanczyk“, „Smialo“ und „Pilsudczyk“. An der Feier nahmen Mitglieder der französischen Militärmission teil.

Warschau, 15. August. (U.) Großes Aufsehen erregt der Prozeß gegen den bisherigen polnischen Militärattaché in Rom wegen missentlich falscher Information seiner Regierung. Auch der Außenminister und der Kriegsminister werden als Zeugen auf-treten.

Warschau, 15. August. (O.C.) Die Verhaftung zweier höherer Beamter der sogen. „Defensiv“, der polnisch-militärischen Geheim-polizei, Swolkin und Szarki, bietet Anlaß zu allerhand Sensationsgerüchten. Der „Przeglad Wiczojny“ (Abendbeobachter) behauptet, daß die Ursache der Verhaftung mit dem mißglückten Staatsstreichversuch vom Januar 1919 zu vergleichen sei. Damals sollte das gesamte Kabinett Moraczewski von rechtsstehen-den Persönlichkeiten, unter Teilnahme des späteren Außenministers Sapieha, dingfest gemacht werden. Wie der „Kurjer Poranny“ (Morgenkurier) erfährt, habe sich die neue Verschwörung gegen ein Mitglied der Regierung gerichtet. Die rechtsstehende „Gazeta Warszawska“ äußert dagegen Zweifel an dem Ernst des ganzen Vorfalls, vermutet vielmehr, daß eine Stimmungsmache und Ver-schwörungstriebelei der Bischofskreise dahinter stecke. Jedenfalls sind Swolkin und Szarki nach wie vor inhaftiert. Vor einigen Tagen war die „Defensiv“ auf Ministerratsbeschuß aus dem Ressort des Kriegsministeriums in das des Innenministeriums über-geführt und der Leitung der staatlichen Polizei unterstellt worden.

Herabsetzung der Kohlenlieferungen.

Paris, 15. August. (O.C.) Die Reparationskommission hat die provisorische Herabsetzung der deutschen Kohlenlieferungen be-schlossen, um dem augenblicklichen deutschen Kohlendefizit Rechnung zu tragen. Theoretisch wird zwar Deutschland weiterhin 2 200 000 Tonnen zu liefern haben, praktisch jedoch nur 1 600 000 Tonnen, wovon Frankreich und Luxemburg zusammen 1 100 000 Tonnen erhalten.

Paris, 15. August. (O.C.) Der „Temps“ wendet sich heftig dagegen, daß W.B. nicht gemeldet hat, daß die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen von Soucheur beantragt wurde und daß dieser seinen Vorschlag mit der Anerkennung des guten Willens des Kabinetts Briegleb begründete. Der „Temps“ fragt, warum W.B. nicht bekanntgegeben habe, daß alle Alliierten, England einbezogen, gefordert hätten, daß Deutschland künftig den Alliierten Einfuhrerlaubnis erteile und deren Waren nicht mehr dogfottiere. Der „Temps“ erklärt, es sei ein Skandal, daß man die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen dazu benutzen wolle, daß deutsche Volk gegen Frankreich aufzubringen. Die Ursache des Mißerfol-ges der wirtschaftlichen Sanktionen liege in den Meinungsver-schiedenheiten zwischen Frankreich und England, die immer bestehen, wenn es sich darum handle, irgendeine Politik gegenüber Deutschland zu betreiben, sei es eine Rhein-zollpolitik oder ein Ab-kommen Soucheur-Kathenau bezüglich der Naturalleistungen. Der „Temps“ erklärt, die Regierung Briegleb, die dieses Steuer-programm verteidigt, und die Mehrheit, die es annehmen werde, werden sich heftigen Kachschüerungen derjenigen Leute aussetzen, die bereits nach der Steuerreform von 1919 gegen Erzberger eine heftige Kampagne führten, die Alliierten mühten alles tun, dem Kabinett Briegleb zu helfen. Die Alliierten hätten die Aufhebung der militärischen Sanktionen von der Annahme dieses Steuerprogramms abhängig machen sollen, so könnten Dr. Briegleb und seine Mehrheit ein wirksames Argument denjenigen entgegen-setzen, die ihre Geldbörsen immer in die schwarz-weiße rote Flagge einwickeln.

Nach dem „Intransigent“ hat sich die Finanzkonferenz auch darüber geeinigt, die Kosten der alliierten Besatzungen einschließlich der Kosten, die durch die alliierten Militärkommissionen in Deutsch-land entstehen, auf eine Pauschalsumme von 240 Millionen Goldmark jährlich festzusetzen. England habe sich damit einverstanden er-klärt, daß der Tageslohn für seine Soldaten ebenso hoch berechnet wird, wie der für die französischen Soldaten, wozu für jeden englischen Soldaten allerdings noch zwei Goldmark hinzu-kommen. Nach dem „Temps“ kommen für jeden amerikani-schen Soldaten noch drei Goldmark hinzu.

Ernstere Lage zwischen England und Irland.

London, 15. August. (W.B.) In den Friedensverhandlungen zwischen England und Irland ist, wie die Blätter melden, nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regie-rung durch Devalera eine sehr ernste Lage entstanden.

Der Frieden mit Nordamerika.

New York, 15. August. (U.) Die Redaktion der Friedensver-träge mit den Zentralmächten hat begonnen. Der Frieden mit Deutschland beruht auf der Grundlage der Versailles Be-stimmungen mit den Resolutionen, die sich auf die Rechte Amerikas beziehen und von den Senatoren Knox und Porter vor-geschlagen wurden. Der Entwurf wird am 1. September dem Senat vorgelegt. Der Frieden mit Oesterreich und Ungarn wird sich nach den Bestimmungen von St. Germain richten.

Keine Lösung des Finanzproblems

Von Wilhelm Reil.

Darüber sollte sich jedermann klar sein, daß die Lösung des Finanzproblems jetzt gefunden werden muß, wenn wir nicht den Spuren Oesterreichs, Polens und Sowjetruß-lands bis ans Ende folgen wollen. Die Vorschläge des Reichs-kabinetts stellen aber keine Lösung dar. Nicht etwa nur deshalb, weil sie noch keine völlige rechnerungsmäßige Deckung des Bedarfs bringen, sondern ihres Grundcharakters halber. Sie vermehren zwar die Steuern in einem nie erlebten Maße, verteuern aber zugleich den gesamten Lebensbedarf des Volkes in ebenso großem Maße, belasten dabei die Lebens-haltung im umgekehrten Verhältnis zur Möglichkeit der Ein-schränkung, ziehen Lohn- und Gehaltserhöhungen großen Maßstabs nach sich, belasten das Wirtschaftslieben an der falschen Stelle, verteuern die öffentliche Verwaltung, führen darum, selbst wenn eine augenblickliche Deckung gegeben schien, zu neuen großen Fehlbeträgen in Reich, Ländern und Ge-meinden, zur Vermehrung der schwebenden Schulden und zur Steigerung der Notensintzuit, drücken den Kurs der Mark weiter herab, verteuern damit die Einfuhrgüter, verschlechtern unsere Handelsbilanz, erhöhen die Papiermarksumme der Kon-tributionsverpflichtungen, füllen also das Loch im Reichshaushalt nicht aus, schaffen vielmehr alle Voraussetzungen zu seiner automati-schen Erweiterung mit all den schweren Folgen, die wir bei unseren östlichen Nachbar-völkern beobachten können.

Die Vorschläge sind kurzfristig, ihre Wirkung wäre kurzfristig. Bei Aufstellung des Programms hat der Mut zu großen Entschlüssen gefehlt. Der unklare, nebelhafte Glaube, von dem sich auch die politischen Führer der besitzenden Klasse noch nicht befreien wollen, daß man doch ohne tiefe Eingriffe in den wirtschaftlichen Organismus durchkommen werde, hat die Vorarbeiten stark beeinflusst. Auf die Mah-nungen derer, die diesen Glauben als töricht und verderblich erkannt haben, hat man nicht gehört. Wie die gesamte Ge-sehgebung, so steht im besonderen diese Vorarbeit für die Kon-tributionssteuergesetzgebung zu sehr unter dem Druck der Angst vor den kapitalistischen Wahlein-flüssen und dem demagogischen Krakeel der Rechtsparteien. Wer aber heute nicht den Mut hat, frei und bestimmt dem ganzen Volke, auch den einflussreichsten Wählerkreisen, zu sagen, daß eine finanzielle Gesundung und wirtschaftliche Rettung nur möglich ist durch starke In-anspruchnahme des deutschen Volkvermö-gens, der verflüchtigt sich in noch höherem Grade an der Zukunft Deutschlands wie die Leiter der deutschen Geschäfte im Kriege sich verflüchtigten, indem sie zu feige waren, sich selbst und dem Volke die dämmende Erkenntnis der drohen-den Katastrophe ehrlich einzugestehen.

Trotz seiner großen Verarmung infolge des Krieges ist Deutschland nicht so arm, daß es sich nicht durch Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen auf einige Jahre gegen die nachträglichen Plünderungsgelüste der militärischen Fanatiker Frankreichs schützen könnte. Da der heutige Dollar, der Wert-maßstab für die Kontributionen und für die Bewertung der Güter überhaupt, nicht mehr der Dollar von 1914 ist, vielmehr, an den Sachwerten gemessen, ein Dollar von damals gleich zwei Dollar von heute gilt, darf der Wert des deut-schen Volkvermögens unter der Voraussetzung, daß es durch den Krieg zur Hälfte in Pulverdampf aufgelöst wor-den ist, heute noch auf etwa denselben Dollarbetrug geschätzt werden wie 1914, also auf 80 bis 85 Milliarden Dollar. Das sind nach Friedensparität etwa 350 Milliarden Goldmark. Wennleich ein erheblicher Teil dieser Vermögenswerte öffent-liches Vermögen darstellt und angesichts der großen Verschul-dung der öffentlichen Körperschaften, im besonderen des Reichs, nicht mehr verpfändet werden kann, ist doch die Möglichkeit gegeben, unter Inanspruchnahme der Vermögen-s-substanz über die Jahre der ernstesten Gefahren hinweg-zukommen. Dazu aber ist eine völlige Umstellung der Denk-weise und der Grundgedanken der Steuer- und Wirtschafts-gesetzgebung erforderlich.

Gründe der sozialen Moral zwingen dazu, die ver-schwenderische Lebenshaltung der Oberschicht des Volkes mit allen geeigneten Maßnahmen einzuschränken, wenn die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger, dieses breite Fundament der heutigen Gesellschaftspyramide, unter die Grenze der nackten Lebensmöglichkeit herabzusinken drohen. Gleichgültig ist dabei, ob die Verschwendung von kapitalistischen Barvermö-gen aus dem geschäftlichen Stande der Schieber oder von dem sogenann-ten „alten soliden Besitz“ getrieben wird. Man unter-schätze die glimmende Glut nicht, die im Gefühlsleben der dar-benden Proletarier mit Schurzfell und Stehkragen sich immer weiter ausbreitet, wenn der Kontrast zwischen den Spazierreitern heider Geschlechter im Tiergarten, dem Leben auf der Rennbahn, den Gelagen in den geräumigen und raffiniert ausgestatteten Herrschafts-häusern, den Luxusgaststätten und Luxusbädern, Wohnen der Juwelen- und Kleiderpracht auf der einen und der Nahrungs-, Kleider-, Wäsche- und Wohnungsnot und dem daraus sich

ergehenden Jammer auf der anderen Seite ins Bewußtsein von vielen Millionen übergeht. Diese empören sich darüber, daß die zur Rettung eines uns Unglück geführten Volkes notwendigen Lasten einseitig derjenigen Klasse aufgebürdet werden, die am wenigsten Schuld an dem Unglück trifft, die am treuesten das eigene Land in den Gefahren des Krieges beschützt hat, die von den wirtschaftlichen Folgen der trotz ihrer Opfer erlittenen Niederlage am härtesten getroffen wurde und darum heute am wenigsten opferfähig ist. Wer will bestreiten, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger bisher die Lasten fast all ein getragen haben? In gleicher Lage wie sie befinden sich nur noch die auf Rentenbezüge angewiesenen Invaliden der Arbeit. Der selbständige Gewerbetreibende, der Kaufmann, hat den Waren- und Rohstoffmangel zu einer Gewinnsteigerung, die die Geldentwertung und steuerliche Belastung mehr als ausgleicht, ausnützen können. Der Landwirt genießt alle Vorteile der Geldentwertung, er kann ohne Hemmung dem Verbraucher die Preise diktieren und sich selbst von allen Lasten freihalten. Wie der Landwirt, so erfreut sich der industrielle Großunternehmer der bescheidensten Bewertungsmaßstäbe bei Ermittlung der steuerbaren Werte, er vermag wie jener seinen Lastenanteil auf die Abnehmer seiner Erzeugnisse abzuwälzen und schneidet dazu noch aus dem wachsenden Valutaelend Riemchen. Der Besitzer von Wertpapieren verdeckt sie, verschiebt sie nach dem Ausland, verwandelt sie in Kostbarkeiten, die dem Auge des Steuererhebers unzugänglich sind oder gar sich der gelegentlichen Steuerfreiheit erfreuen. Welch unermessliche Summen sind in den letzten Jahren von den Großverdienern in Kunst- und Kunstgewerblichen Gegenständen, in Möbeln, Kleidern, Weibzeug verborgen worden! Millionen, die auf diese Weise im einzelnen Haushalt festgelegt sind, aber jederzeit mobilisiert werden können, bleiben frei von jeder Steuer, der Spargroschen des Arbeiters, des Angestellten, des Beamten aber wird sowohl von der Einkommen- als der Kapitalertragsteuer erfaßt. So ist der Lohn- und Gehaltsempfänger immer und stets der Letzte, den die Hunde beißen.

An diesem Zustand ändert das neue Steuerprogramm nichts, es verschärft ihn noch. Der Arbeiter und der Beamte weiß, daß er zu den schon gebrachten Opfern weitere tragen muß, aber er verlangt und kann verlangen, daß nicht seine Lebenslage allein herabgedrückt wird auf eine Stufe, die menschlich nicht zu ertragen ist und die dem deutschen Wirtschaftsleben verhängnisvoll werden kann. Die Schwächlichkeit des Reichsernährungsministers und der bürgerlichen Parteien gegenüber den agrarischen Ansprüchen rächt sich jetzt bitter in der Brotteuerung und der unabwehrbar aus ihr folgenden Lohn- und Gehaltsbewegung. Die Schwächlichkeit der Steuergegebung gegenüber dem Besitz würde sich noch bitterer rächen.

II.

Schwerer noch als die gewichtigen Gründe der sozialen Moral wiegen die Gründe der ehernen finanzpolitischen Notwendigkeit, die für einen Umbau des Steuerprogramms sprechen. Die einzelnen Vorschläge bringen nicht einmal die erwarteten Erträge. Die drei Parades Steuern, die den Besitz treffen sollen, werden jahrelang leer laufen. Die Steuer von den Gewinnen der Nachkriegszeit soll auf den 30. Juni 1921 veranlagt werden. Bis die überlasteten Finanzämter diese Aufgabe bewältigen, vergeht ein Jahr, bis die Steuer von den inzwischen nicht verschwundenen Gewinnen in die Reichskasse kommt, schreiben wir 1923. Die neue Vermögenssteuer mit Zuschlag soll erst vom 1. April 1923 ab in Vierteljahrsraten entrichtet werden. Bis eine volle Jahreszahlung erfolgt ist, ist der Sommer 1924 gekommen. Die neugegründete Vermögenszuwachssteuer wird erstmals im Jahre 1926 fällig! Ganz unerfindlich ist, warum sie nicht wenigstens auf Grund der nächsten Veranlagung zur alten „Besitzsteuer“ (die durch die Vermögenszuwachssteuer ersetzt werden soll), die auf den 31. Dezember 1922 zu erfolgen hat, erhoben werden kann.

Für die nächsten Jahre stehen also diese Besitzsteuern a u f

Serienfreuden.

Streiflichter von Paul Dehreich.

„Kultur“, sich in der Lebensform eines Volkes ausprägende innere Einheit, wird nur, wenn Sehnsucht ein Volk durchdringt, die Sehnsucht wecken nach Menschlichkeit, das ist die Aufgabe. Ihr sich hinzugeben ist leidvollste Lust, denn feige und niederträchtig und doch so glaubenshungrig ist die Menschheit unserer Tage. Sieht sie nicht das befuernde Beispiel im Diesseits, so folgt sie den Botschaften der Tröster, die aufs Versieles verweisen und auf Erden Vergangheitsmächtigen die Gläubigen dienstbar machen. Daß die Zeit düstert nach Sozialismus als Lebensgestaltung und -religiosität — haben das schon alle „Sozialisten“ begriffen?

In einer märkischen Stadt sprach ich über „Die weltliche Schule“. Wie immer nur fatie, negative Gegner: Der Gymnasialdirektor, der zweifelt, national ist, zur Einheit mahnt, der behäßliche Pastor, der „nachweilt“ — aus einer falschen Zahlen mittelendenden Korrespondenz der Kirchlichen —, daß die Konfessionslosen die höchste Verbrecherzahl aufweisen. Die beiden „Gläubigen“ — ihr Glaube verfehlt keine Berge, er ist nur Stumpfheit, Quietismus — waren leicht zu widerlegen. Und am nächsten Tage lag das reaktionäre Ortsblättchen, ich wollte den Religionsunterricht der Schule erhalten. Kultur!

Im Weserland sah ich im Wandern allerlei viel Unerfreuliches. Ein Dorfwirt entschuldigte sein Abkommen auf die sozialdemokratische Zeitung damit: „Sonst kommen die Roten nicht!“ Ich schmunzelte. Aber im Saale nebenan sah ich wüstenhafte Ritzplakate von S. M. und J. M. Und fast in jedem Dorfstrug hingen, auch im Braunschweiger Land, die Kaiserbilder. Keine Gefühlsfrage, nur der traditionelle „Wondschmuck“! Weshalb verlangen die Genossen nicht, daß diese — noch dazu fürchterlich geschmacklos — Reste aus monarchischen Zeiten entfernt werden? Da ist ungefähr alles verfaumt! Kein Mensch, der durchs Weserland wandert, glaubt in den Wirtschaftshäusern in einer Republik zu sein. Und die Schulen? Die Sababurg ist wüst vernachlässigt, aber ein schmuddes Schulzimmerchen gibt es in der Ruine. Als ich durchs Fenster schaute, traf mein Blick Luther und — Wilhelm II.! Und in den Großstädten sind wohl die Klassenzimmer „gereinigt“, aber im Lehrerzimmer hat das Kollegium — das monarchisch empfindet — Hausrecht.

Felern und Feste. Das irgendwo schleberisch oder konjunkturuell beteiligte Bürgertum füllt von 8 Uhr früh bis 12 Uhr abends die vornehmen Kaffeehäuser der Mittelstadt: Lasset uns froh sein und schmausen, denn was ist morgen? — Die Bauern sind schuldensfrei und vierjährig-pflichtig: Jeder Sonntag ein Fest, alle

dem Papier! Wenn sie erhoben werden sollen, werden die Steuerobjekte zum Teil in Sicherheit gebracht sein.

Ganz anders die Verbrauchssteuern. Sie wirken genau wie die Einkommensteuer vom Lohn und Gehalt, vom Tage ihres Inkrafttretens an. Zu der Verunsicherung der Brantweinabgabe und der Verdünnung der Bierabgabe sei einstweilen nur bemerkt, daß sich die Steuergelehrten nur keiner Täuschung hinsichtlich des Verbrauchsrückgangs hingeben mögen. Es zeugt von einer völligen Berkennung der künftigen Entwicklung, zu glauben, daß trotz der verdreifachten Steuer, zu der in Wechselwirkung eine beträchtliche Erhöhung der sonstigen Produktionskosten kommt, der Bierverbrauch der gleiche bleiben werde. Die kleineren Verbrauchssteuern, deren übrigens zwecks Herabdrückung ihrer Zahl gleich mehrere in einer Vorlage zusammengefaßt werden, seien heute übergangen, obgleich dazu mancherlei zu sagen wäre.

Hauptnummern aber sind die Zucker-, die Kohlen- und die Umsatzsteuer. Da Umsatz- und Kohlensteuer jede Ware belasten, auch den Zucker, erfreut sich dieser einer dreimaligen Mehrbelastung. Zunächst soll die Steuer für ein Pfund Zucker von 7 auf 50 Pf. erhöht werden. Dann tritt hinzu die Erhöhung der Steuer auf die zur Zuckerverzuckerung erforderliche Kohle von 20 auf 30 Proz. des Grubenpreises. Schließlich kommt noch hinzu die verdoppelte Umsatzsteuer für den Ankauf der Zuckerrüben, für den Absatz der fertigen Ware an den Großhandel und für den Absatz von diesen an den Kleinhandel. Was hier das Kabinett Fehrenbach-Scholz, das die Vorlage noch gezeugt hat, dem Zucker zumutet, das ist des guten wohl ein bißchen zu viel!

Für die Kohlensteuer lassen sich im Hinblick auf den Weltmarktpreis der Kohle und die Kohlenausfuhr noch die durchschlagendsten Gründe geltend machen. Muß aber die hieraus sich ergebende Belastung des gesamten Wirtschaftslebens getragen werden, so ist aufs schärfste zu prüfen, ob daneben noch eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die übrigens auch die Kohle wieder trifft, auch nur in bescheidenem Maße zulässig ist. Eine Verdoppelung und Verbreiterung dieser Steuer mit der Wirkung, daß sie der Reichskasse 21 bis 25 Milliarden jährlich zuführt, würde die Gesamtwirtschaft in einer Weise belasten, daß ihre Leistungsfähigkeit nicht gehoben, sondern gehemmt werden müßte. Eher noch wäre eine entsprechende Anspannung der Einkommensteuer zu ertragen, als die Verdoppelung der Umsatzsteuer mit ihrer brutalen Belastung nach der Zahl der Köpfe, statt nach der Höhe des Einkommens.

Aber es gibt noch andere Quellen, an denen geklopft werden kann. Aus parteipolitischen Rücksichten hat man jahrelang die Börsenspekulation auf Kosten des Gemeinwohls sich austoben lassen, ohne die vielen Hunderte von Millionen an Steuern aufzuheben, die hier auf der Straße liegen. In die Milliarden gehen die von den großen Gewerkschaften an ihre alten Aktionäre quasi verschenkten Aktien, die sofort reiche Früchte trugen; der sonst so begehrtete Fiskus aber sah entsetzungslos zu, weil er einer einflussreichen Regierungspartei nicht zu nahe treten wollte. Auch den neuen Börsensteuervorschlägen sieht man die Rücksicht auf diese Partei noch von weitem an. Es ist nicht einzusehen, warum nicht die Börsensteuern wenigstens das Zehnfache ihres früheren Ertrags aufbringen sollen, wenn die im ganzen künftig zu tragende Last mehr als das Fünftelgache der früheren macht.

Und wie steht's mit der Kaufsteuer? Die Taksache, daß schon mäßig hohe Steuern auf Vermögen und Vermögenszuwachs zur Verbrauchssteigerung und Verschwendung führt, befreit auch die Finanzverwaltung nicht. Sie glaubt jedoch, ihr Rechnung tragen zu sollen durch übermäßige Bescheidenheit in der Belastung der Vermögensvermehrung. Ist aber der Zustand haltbar, daß man unter gleichen Verhältnissen bei zwei gleich großen Einkommen von dem einen, soweit es erspart und damit wirtschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird, eine Sondersteuer erhebt, das andere aber, das in üppiger Lebensführung

völlig verbraucht wird, von der Sondersteuer verschont bleibt? Verdient nicht der, der ein Millioneneinkommen bis zum letzten Pfennig verprascht, schärfer erfaßt zu werden wie der, der von demselben Einkommen einen Teil zur Kapitalneubildung verwendet? Was nützt das Moralspredigen gegen die Schlemmer und Prasser, wenn man es an den selbstverständlichen Geseßesmaßnahmen, die überdies, wie in diesem Falle, leicht durchführbar wären, fehlen läßt?

Gewiß sind das keine Mittelchen im Vergleich zur Größe der gestellten Aufgabe. Glaubt man aber auf die Erhöhung der Zündholzsteuer nicht verzichten zu können, warum dann auf die Verschwenkersteuer?

Gelöst kann mit diesen Vorschlägen das Problem nicht werden. Das ist nur möglich mit dem Zugriff auf den Sachwertbesitz, der bei allen bisherigen Belastungen begünstigt worden ist, der sich auch den neu vorgeschlagenen Steuern weitgehend zu entziehen verstehen wird. Ohne diesen Zugriff wird die Decke stets zu kurz bleiben. Nur wenn das Reich sich selbst in den Besitz von größeren Vermögensobjekten setzt, wird das Vertrauen des Auslands gestärkt und die Marktgerechtigkeit werden. Nur wenn das Reich die Hand auf die Sachwertverträge an der Quelle legt, werden die Besitzenden den Anteil an den Reichslasten tragen müssen, den sie zu tragen verpflichtet sind, und nur in diesem Falle kann der Kreislauf verlangsamt und schließlich zum Stillstand gebracht werden, den Verbrauchssteuern, Teuerung, Geldentwertung, Valutarückgang, Lohn- und Gehaltserhöhung und neue Verbrauchssteuern usw. darstellen. Soll es auf der schiefen Ebene noch ein Halten geben, so ist's jetzt höchste Zeit, läßt die Muskeln zu straffen und den Abrutsch zum Stillstand zu bringen. Im anderen Falle geht's weiter hinab und niemand weiß, wo wir schließlich ankommen werden.

Bevorstehende Aufhebung der Sanktionen.

Der Oberste Rat hat die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein beschlossen. Wie wenig erfreulich auch die Begleitumstände dabei sind — die militärischen Sanktionen bleiben aufrechterhalten, auch ist die Aufhebung der Rhein Zollgrenze an schwere Bedingungen geknüpft —, so bleibt dieser Entschluß doch ein großer Erfolg der Außenpolitik des Kabinetts Birth. Der deutsch-französische Handelskrieg um den Markt des Rheinlandes — denn nichts anderes waren in Wirklichkeit die sogenannten Sanktionen — ist in das Stadium des Abbaues geraten.

Was die Bedingungen für die Aufhebung der Sanktionen angeht, so ist die erste nichts weiter, als die Bestätigung einer Forderung, die seit der Annahme des Ultimatums ohnehin besteht. Die zum 31. August fällige Goldmilliarde soll auch wirklich bezahlt werden. Wenn man den Versicherungen der Regierung Glauben schenken darf, ist sie auf die Erfüllung dieser Zahlung einigermaßen vorbereitet, nachdem sie große Deviseneinkäufe gemacht hat. Schlimmer steht es um die andere Bedingung für die Aufhebung der Sanktionen. Deutschland soll seine Kontrolle der Einfuhr von Orientwaren nach dem besetzten Gebiet der Ueberwachung alliierter Organe unterwerfen. Das will sagen, daß das Loch im Westen bestehen bleiben soll, wie es durch die Inkraftsetzung der Sanktionen wieder aufgerissen wurde. Der Einfuhr fremder Fertig- und Luxuswaren nach dem besetzten Gebiet wird man dann nicht genügend entgegenwirken können. Hier wird es Aufgabe der Regierung sein, durch weitere Vorstellungen bei der Entente eine Schwächung der deutschen Kaufkraft vorzubeugen. Eine Sonderstellung des Rheinlandes innerhalb der deutschen Wirtschaftsgemeinschaft würde dauernd der deutschen Zahlungskraft schweren Schaden zufügen. Bestingt es nicht, die Zufuhr fremder Waren in die westlichen Landesteile aufzuhalten, so wird durch geeignete Kontrollmaßnahmen dafür gesorgt werden müssen, daß sie nicht Eingang in das übrige Deutschland finden, ohne daß damit der Warenverkehr zwischen Rheinland und dem übrigen Deutschland erschwert wird.

feist, keine Hungerkaste im Gesicht. In Holstein schoben im Bahnabteil drei kartenpielende Bauern die 50-Mark Scheine gleichgültig von Stapel zu Stapel. — Und auf einer anderen Fahrt handelte der Disput der Damen nur von Zeit und Art des nächsten Kostümfestes. — Im Dorfe gab's Hochzeit und der Gesangverein übte ein Ständchen ein. Das kostete mich dreimal den Schlaf, und als der Polterabend kam, da mißglückte zwar der Kantus, aber das Freibier sloß und brüllende Befessenheit war das Ende: Ein „Fest“, dem einige Inventarstücke zum Opfer fielen.

Aber in den Weserstädten begegnete ich den Jugendtruppen aus Bielefeld: Rote Fähnchen, schwarz-rot-goldene Schleifen führten sie, „mit uns kommt die neue Zeit“ sangen sie, abends tanzten sie auf den Plätzen und ich sah — weder Bierglas noch Zigarette in ihren Händen. Die Jugend tat, was wir längst hätten tun sollen: Uns wehren gegen Deutschnational, Hakenkreuz und Schwarz-weiß-rot, die imperialistischen Farben. Sie hat ihre Sache glänzend gemacht, und wir dürfen auf sie hoffen.

Der Ausverkauf. Ich fuhr nach Holstein, um auf dem SPD-Provinzialfest und sonstwo über die Kulturaufgaben der Sozialdemokratie zu sprechen. In Hamburg wimmelte es von Standbildern, bis Neumünster gab es fast nur Nordländer im Zuge. Ich sah eine Schwedenfamilie — ich liebte dies Volk seit langen Jahren und liebe das Land — ins Auge, kräftige Gestalten. Aber ich erschauerte über diese jungen Damen. Von Kopf zu Fuß neu — und geschmacklos! — eingekleidet, die derben Füße in Stiefelchen höchsthoher Art eingeklemmt. Ja, die Valuta! Und die Kulturlosigkeit, die sich „Kultur“ nennt, schube, -strimpfe kauft. Und dazu das Dorfgeschick und der entleerungswirksame Videl am Geschlechter. Das schöne Geschlecht! Begreifen sie wohl unsere Not? Oder nützen sie sie aus? O, ich liebe doch nicht alle Schwedinnen, nachdem ich diese sah!

Und doch! 2000 Menschen füllten den Saal des schönen Kieler Gewerkschaftshauses, viele Tausende zogen am nächsten Tage mit Bannern und Musik durch die Stadt. Wir sind doch eine Macht! Und die bürgerliche Presse schweigt betroffen, sie zweifelt doch, ob ihre Orchestertruppen diese geschlossenen Volksmassen wieder niederzwingen können. Genossen, solche bescheidenen Feste — ohne bürgerlichen Klambim, ohne Betrunkentheitsorgien — brauchen wir. Da wächst das Solidaritätsgefühl. Durch unsere Feste muß es brauen wie ein Kampfschmal. Unsere Kultur soll erst kommen. Auch da hilft die Jugend!

Die Ursachen des heißen Sommers. Von den heißen Sommern dieses Jahrhunderts hat kein einziger bisher eine solche Tropenhöhe gebracht wie der jetzige. Wieben auch die im Sommer 1904 und 1911 erreichten Temperaturen an einzelnen Tagen hinter der Hitze von 1921 nicht zurück, so fehlte es doch damals an einer Hitzeperiode von solcher Dauer. Wie ein Meteorologe in einem Aufsatz von Reclams Universalium ausführt, folg 1904 und 1911 die Temperatur nur an einem Tage bis zu 35 Grad Celsius und darüber; sonst

blieb das Tagesmaximum der Temperatur meistens auf 30 Grad. Aber in dem jetzigen Sommer waren schon die Tage vom 4. bis 6. Juni außerordentlich heiß, so daß in Mittel- und Ostdeutschland 35 Grad Celsius erreicht wurden, und nach einer vierwöchigen Periode ungewöhnlicher Kühle kehrte die Hitze mit vermehrter Intensität nach Mittelungen zurück. Am 11. Juli wurden in Rastatt 36 Grad Celsius, in Paris 37 Grad Celsius verzeichnet, und in der letzten Juliwöche kletterte das Quecksilber in der obererheinischen Tiefebene bis zu 39 Grad Celsius empor. Damit waren die höchsten Temperaturen erreicht, die wir überhaupt in Deutschland kennen und die nur im August 1892 und am dem 23. Juli 1911 um einige Zehntelgrade überschritten wurden. Dieser 29. Juli war der heißeste Tag des Sommers, aber Anfang August setzte bald eine neue Hitzeperiode ein, die in vielen Teilen Mitteleuropas 30 Grad Celsius erheblich überschritt. Wie meistens, so ist auch in diesem Jahre der heiße Sommer eine über weite Gebiete unseres Erdteils ausgebreitete Erscheinung, die sich von der europäischen Westküste bis an die asiatische Grenze Rußlands erstreckt.

Zwei Ursachen haben hauptsächlich dieses ungewöhnliche klimatische Bild hervorgerufen. Einmal hat der Frühling in diesem Jahre reichlich vier Wochen zeitiger begonnen als sonst; infolgedessen war der Erdboden zu einer Zeit, in der die Sonne mit größter Intensität strahlt, bereits stark erwärmt. In wie weit ein Zusammenhang zwischen Sonnenaktivität und Sommerhitze besteht, ist noch nicht recht geklärt. Eine unmittelbare Folge stärkerer Sonnenstrahlung ist die Hitze wohl nicht. Man nimmt vielmehr an, daß die Sonne in Zeiten starker Fackelbildung der Erde weniger Wärme zustrahlt und daß infolge der geringeren Wärmestrahlung die Bildung der atmosphärischen Wirbel geringer ist. Diese beeinflussen aber die Witterung der gemäßigten Zonen weit mehr als die Sonnenstrahlung selbst. Tatsächlich war nun in diesem Frühjahr und Sommer die Zahl der atmosphärischen Wirbel geringer als in anderen Jahren, und dadurch wurde das der Erwärmung günstige Hochdruckgebiet verlängert. Auch die Eisverhältnisse im Nordatlantik dürften, so langsam es klingt, zu der ungewöhnlichen Hitze dieses Sommers beigetragen haben. Jedenfalls haben die großen Eisfelder im Atlantischen Ozean dazu geführt, daß das Maximum wochenlang über dem Nordatlantik und den angrenzenden Gebieten Nordeuropas lagerte.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet Dienstag, den 16. August in der Philharmonie statt.

Kein deutsches Theater in Mex. Nach Mitteilung der „Boseler Nachrichten“ aus Mex hat sich dort die gesamte bodenständige Presse gegen eine Verfügung des Präfecten des Mexel-Departements gewandt, in der verboten wird, deutsche Theaterstücke aufzuführen. Die Klausel, in der der Dialekt gestattet wurde, ist wertlos, da die Theater im lothringischen Dialekt fast gar nichts geben.

Schallapin an die Künstlerverbände. In einem Aufrufe an die Künstlerverbände erinnert der große russische Sänger Schallapin, wie aus Moskau gemeldet wird, an persönliche Eindrücke und Ergebnisse des Hungerjahres 1891, als kämpfender Künstler, der mittellos und ohne Freunde Hunger litt. „Jetzt leiden Millionen Menschen Hunger, Freunde“, sagt er, „erinnert euch des eigenen Hungers. Hunger bereitet nicht bloß körperliche Leiden, Hunger erniedrigt auch die Seele!“

Groß-Berlin

Wähler, merkst Du was?

Die bürgerlichen „Volkstreue“ melden sich.

Immer vor Wahlen genießen wir das heitere Schauspiel, daß die bürgerlichen Parteien ihr warmes Herz für die Minderbemittelten entdecken. Auch jetzt, wo in Berlin neue Wahlen der Stadtverordneten und der Bezirksverordneten zu vollziehen sind, sehen wir wieder dieses bürgerliche Liebeswerben um die Gunst der werktätigen Bevölkerung. Unter kräftigem Geschimpfe auf die sozialistische Wirt-schaft in Berlin benutzt die bürgerliche Presse alle möglichen und unmöglichen Anlässe, den Wählern die nichtsozialistischen Parteien in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Lehrreich ist, wie z. B. der deutsch-nationale „Berliner Lokalanzeiger“ die Nachricht ausschaltet, wegen der Geldknappheit im Stadtsäckel beabsichtige die Stadtverwaltung, auf Schmutzplätzen und in Parkanlagen Gartenflächen zur Errichtung von Verkaufshallen usw. zu vermieten. Wenn es sich darum handelt, an diesen Erholungsstätten mehr als bisher den Verkauf einfacher Erfrischungen (z. B. von Obst, Gebäck, alkoholfreien Getränken) zu ermöglichen, so wird das der Bevölkerung, denken wir, nur willkommen sein. Der biedere „Lokalanzeiger“ aber bauscht die Sache auf zu einem Attentat gegen die Erholungsstätten der minderbemittelten Bevölkerungsschichten, schreibt über Verkaufshandlung der Parks und will seine Leser glauben machen, daß dort die Entstehung von Kummelplätzen zu befürchten sei. „Die Proletarier“, sagt er, „können sich bei ihren Stadtvätern bedanken, wenn ihnen die Möglichkeit, in den Parks Körper und Geist zu erholen, jetzt genommen wird.“ Die Proletarier — so steht's im „Lokalanzeiger“! Ach, seit wann vertritt der „Lokalanzeiger“ die Interessen des Proletariats? Wenn die Partei des „Lokalanzeigers“, die „Deutschnationale Volkspartei“, im Rathaus eine ausschlaggebende Bedeutung erlangte — ja, da könnte die minderbemittelte Bevölkerung was erleben!

Diese klägliche Art des Wählerjags ist auch der demokratischen Presse nicht fremd. Als in den Sommerferien die Kutschspielplätze Berlins wegen Ausbrauchung der verfügbaren Mittel geschlossen werden mußten, schrieb die demokratische „Vossische Zeitung“: „Völlig unverständlich wäre es, wenn die bellamistisch stark links orientierte Stadtverordnetenversammlung diesem Beschluß beiträte, wenn man bedenkt, daß sie mit diesem Beschluß gerade die Kinder ihrer Wähler trifft. Hoffentlich wird der Sturm der Entrüstung, der sich bereits in allen Schichten der Bevölkerung bemerkbar macht, den unsocialen Entschluß der Stadtväter hinwegfegen. Wenn nicht, so werden sicher die Väter der benachteiligten Kinder der Stadt Berlin bei den bevorstehenden Neuwahlen die Quittung für dieses Sommergeschenk überreichen.“ Das Prehorgan der Demokraten ereiferte sich über einen „unsocialen Entschluß der Stadtväter“, aber der Magistrat hatte die Schließung der Spielplätze angeordnet, ohne die Stadtväter nach ihrer Meinung zu fragen. Was die scheinbar von Sorge für die Kinder diktierte Stützung der „Voss. Zig.“ bezweckte, zeigt ihr Appell an die Väter, die als Wähler die Quittung geben sollen. Glaubt das Volk, daß irgendein Mensch, der die „Demokraten“ des Berliner Rathauses kennt, auf solchen Köder anbeißen wird? Gerade die Berliner Kommunalstreikföhrerinnen, die Vorläufer der heutigen „Demokraten“, haben Jahrzehnte hindurch den Forderungen der Sozialdemokratie für den Nachwuchs der Minderbemittelten ähsten Widerstand entgegen-gesetzt. Daß diese Kreise jetzt sich als Schützer der Kinder des Volks aufspielen wollen, dazu gehört wirklich eine tüchtige Portion Redheit.

Kommunistische Schweigsamkeit.

Radikal sein zieht nicht mehr.

Die katastrophalen Niederschläge, die in jüngster Zeit über die Kommunisten hereinbrachen, haben diese veranlaßt, sich in einen

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Voll süßer Melancholie dachte sie an ihr Leben. Sie durfte zufrieden sein, denn es gab wenig, das ihr gefehlt hatte. Als junges Mädchen hatte sie zuweilen davon geträumt, über blaue Berge hinzuzugleiten. Ein solcher Flug war ihr Leben gewesen. Ein sanftes Hingeleiten über die Dinge, die sie mit Interesse betrachtete und von denen sie, was ihr gerade gefiel, kostete, sich an keinem übernehmend, sich an nichts bindend.

Sie hatte jederzeit heiter sein dürfen. Und sie hatte nie Feinde gehabt. Sie hatte es auch nie nötig gehabt, zu beschließen, ein Wunsch, von ihr kaum empfunden, war ihr auch schon erfüllt worden, von Menschen, denen es ein Glück ausmachte, ihr zu dienen.

Ihre kurze Ehe war ein einziger solcher Frauendienst gewesen. Sie liebte ihren Mann zwar nicht, aber sie war ihm zugewandt. Es freute sie, daß er um sie war, jederzeit, mit einer Zärtlichkeit, die sie ganz einhüllte, die nicht forderte, die nur gab. Sie nahm, nahm immerzu, und streute das Genommene aus, wie Blumen, die man vor sich auf den Weg warf, um ihre Schönheit, die einem diente, zu zertreten. Die Blumen konnten nie ein Ende nehmen, ihre Zahl war unbeschränkt, stets aufs neue blühten sie für sie, von ihrem Mann gepflegt, der sie dann abbrüht, um sie ihr zu schenken. Sie brauchte nicht zu fordern, alles wurde ihr gegeben.

Daß ihr Mann starb, war ein Mißton, doch er klang nur eine Weile, wurde davongetragen in Fernen, denen sie rasch enteilt war und nach denen sie nicht mehr zurückblickte.

Eines war vorbei, anderes kam, in ewigem leichtem Wechsel, der nichts Aufregendes oder nur Ueberraschendes hatte, denn alles Schöne, was sich ihr zuneigte, gehörte ja ihr. Sie nahm es oder sie verschmähte es oder sie schenkte es fort, — sie hatte kein Herz, das hart und grausam war, wenn es auch nicht ihr Glück ausmachte, mitfühlend jemandem Gutes zu erweisen. Sie tat niemandem etwas Schlechtes. Mehr kam ihr nicht zu.

Reisner war der erste Mensch, der es verschmähte, ihr zu dienen. Das überraschte sie mehr, als es sie kränzte, und

Schafspeiz zu leiden und ihre Wohlthaten für eine Zeitlang zu verleugnen. Sie, die den Klassenkampf in der rücksichtslosesten Form predigten und Arbeiterblut als die Blüte betrachteten, aus welcher sie den dicksten Honig saugen, sind plötzlich in ihrer Agitation so unscheinbar geworden, daß man meinen könnte, sie seien rechts von der SPD. Vorsichtig, wie diese Leute sind, erproben sie ihre neue Taktik zunächst an der Landbevölkerung, um erst dort einmal festen Fuß zu fassen, weil ja nach russischem Muster der Bauer die Seele des Volksweltismus ist.

So hatte die SPD. die Bewohner von Wersee am 13. d. M. zu einer öffentlichen Volksversammlung nach Fangschleuse eingeladen, in der Stadtverordneter Kawroki über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands referieren wollte.

Bis von dem etwa fünf Kilometer entfernten Ernter waren die Parteifreunde des Referenten herbeigeeilt. Ihr Führer war ein Zweizeitnermann mit einem raserinen Dadel. Lorbeerbespottete Wandervogel fanden sich ein und endlich, nach einstädtigem Warten, begann das Referat. Kawroki gab eine äußerst zahme Skizzierung der heutigen Lage. Eine Stunde war um, und noch immer konnte der Redner nicht sagen, mit welchen Mitteln die Kommunisten die sozialen Schäden heilen wollen. Er sprach von Klassenkampf und Einheitsfront, bezeichnete die Unterzeichnung des Ultimatus als „ein Verbrechen“, nannte jedoch mit keinem Worte die Ziele der SPD. — wohl in Vorahnung des kommenden Gewitters.

Unserer sich zufällig zu ihrer Erholung in Wersee aufhaltenden Genossen Fuß und Richard Woldt gingen sofort mit rücksichtsloser Schärfe auf den kommunistischen Gesang ein und entrollten die Ziele der SPD., weil ja die Verammlung dazu ein verbrieftes Recht hat. Immer unruhiger wurden die Leninisten, es hagelte Beleidigungen gegen unsere Redner, die Schläge sahen. Von dem Genossen Fuß verlangte ein Kommunist den Nachweis, daß er wirklich SPD.-Mann sei; könne er sich hier als solcher nicht ausweisen, so muß man ihn für einen Abgesandten der Antivolkschweigsamkeit Liga halten. Aber alle Verklumdungen prallten ab; die von uns applizierten Ohrfeigen sahen. Mit der Berchwelgungstatistik war es nichts. Einige Kommunisten nickten während der Rede unserer Genossen mehrmals zustimmend mit dem Kopfe, und so kann auch diese Versammlung als ein großer moralischer Erfolg für uns gebucht werden. Mögen unsere dortigen Genossen ihre Pflicht tun, um die gewerkschaftliche Niederlage der Kommunisten auch politisch zu vollenden.

Die Gepuhten.

Viele lieben ja den Glanz, und sei's auch nur bei anderen, was wieder eine der Schmutz- und Modenschauen bewies, die diesmal in die Kammerstraße (Zeltower Str.) ein breiteres, nicht ganz auf den absoluten Luxus eingestelltes Publikum gelockt hatte. Scheinwerferlicht machte den mit Teppichen belegten Vorführungsraum und alles, was sich auf ihm bewegte, begehrenswert. Durch einen Vortrag wurde das Publikum erst in die nötige Stimmung gebracht und dann erschienen Schmutz und Moden am lebenden Modell.

Die Probierdamen kamen, durch elegante, abgegriffene Bewegungen alle Schönheiten der Kleider und des Schmucks unterstreichend. Mitunter gingen sie wie aufgedrehte Puppen. Das eingefrorene Lächeln konnte temperamentovolle Zuschauer tatsächlich bald zu irrenden kleineren ungeschicklichen Aktionen verleiten, um auch mal ein Nienenspiel in diesen so zudersüßlich zurechtgemachten Räumen zu sehen. Ein Dämchen wiegte sich zudem so in den Hüften und drehte sich derart in den Schultern, daß man wahrhaftig an einen tollkühn gewordenen Pflanzenerinnerer wurde. Die große Menge dieser Kleider, in die die familiengebleichten, rotgefärbten und schwarzhaarigen Probierdamen gekleidet waren, sind für vom Glück und von zahlungsstrotzigen Männern verwöhnte Frauen bestimmt, die hier den kommenden Winter wenig Stoff gebrauchten werden. Sie erscheinen hüßlich ausgezogen. Ohne neugierig zu sein und sich irgendwie zu bemühen, bekommt man die Schulterblätter in Details zu sehen. Eilige Kleider (sie hatten oft schon stimmungsvolle Namen) fließen angenehm auf durch die Einfachheit in Stoff und Farbe bei vollendeter Harmonie. Die Zuschauer waren sehr beifallsfreudig und viele von ihnen, man merkte es, daß sie auf dem Gebiete der Schneiderkunst und des Kunstgewerbes ihr täglich Brot verdienen, nahmen Anregungen in Hülle und Fülle mit.

Troh Wohnungs- und Mietereinigungsamt.

Folgender haarsträubender Fall wird uns aus Leserkreisen berichtet: Eine 60jährige Dame wohnt als Zwangsmieterin des Mietereinigungsamtes Charlottenburg ein leeres Vorderzimmer der Passauer Straße 2111 gelegenen Sechszimmerwohnung. Der Kontrahenthaber der Wohnung hat den hinteren Teil der Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, Kammer und Küche,

wo sich auch die Wasserleitung und die Toilette befindet, an einen Angestellten des Berliner Wohnungsamtes möbliert vermietet. Dieser verweigert der 60jährigen Zwangsmieterin den Zutritt zur Wasserleitung und zur Toilette. Der größtenteils außerhalb Berlins wohnende Inhaber der Wohnung als Hausherr, das zuständige Polizeirevier, das Wohnungsamt Charlottenburg und das Mietereinigungsamt Charlottenburg behaupten, zur Beseitigung dieser Mißstände nicht in der Lage zu sein.

Es bleiben also von einer Sechszimmerwohnung 3 Zimmer unbenutzt, weil der Bewohner des hinteren Teils der Wohnung die Alleinbenutzung von Toilette und Wasserleitung für sich in Anspruch nimmt und sich keine Instanz findet, die etwas dagegen tun zu können glaubt.

Berlin-Riga.

Ein neuer internationaler Zug wird vom 16. August ab zwischen Berlin und Riga gefahren, und zwar mit Anschluß nach und von den Schnellzügen D 11 und D 12, die seit längerer Zeit bereits zwischen Paris, London und Ostende und Warschau gefahren werden. Mit der Einlegung dieses Schnellzugspaares wird also eine neue Verbindung, die zweite dieser Art, zwischen Paris und Riga geschaffen werden. Der Schnellzug D 7 wird von Charlottenburg erstmalig am 16. August um 5.28 Uhr abends abfahren, von Friedrichstraße um 5.51 und vom Schlesischen Bahnhof um 6.15 abends. Der Gegenzug D 8 verläßt Riga um 10.20 abends (erstmalig am 19. August) und trifft nach fast 24stündiger Fahrt am 20. August abends 8.10 an der deutschen Grenze in Gützkunnen ein. Er fährt um 12.18 nachts von Königsberg ab, ab Marienburg 3.00 nachts, ab Friedau 6.30 vormittags, an Schlesischer Bahnhof 1.00, an Friedrichstraße 1.30, an Charlottenburg 1.54 mittags. Die deutsche Zollabfertigung findet in Friedau und Marienburg, die polnische in Königsberg und Friedau statt, zu welchem Zwecke an diesen Orten einige Aufenthaltsvorrichtungen sind. Neben den beiden oben erwähnten Schlafwagen von und nach Paris bzw. Ostende wird der Zug nur noch Wagen 1. und 2. Klasse führen und einen Speisewagen, der zwischen Berlin und Schneidemühl in den Zug eingestellt wird. Zur Benutzung dieses Zuges ist ein Paß mit polnischem Visum erforderlich.

Die fünf Worte auf der Ansichtskarte.

Bei der Versendung von Ansichtskarten als Druckfachen hatten sich Unstimmigkeiten ergeben. Die Oberpostdirektion teilt uns auf unsere Anfrage nunmehr folgendes mit: „Bezüglich der Versendung von Ansichtskarten gelten folgende Vorschriften:

„Ansichtskarten können als Druckfachen (zu 15 Pf.) versandt werden, wenn sie, abgesehen von der Angabe des Abenders und des Abendungsstags, keine handschriftlichen Zusätze und Veränderungen enthalten. Bei Ansichtskarten, die als Druckfache gegen die ermäßigte Gebühr von 15 Pf. befördert werden sollen, ist es zulässig, auf der Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niederzuschreiben. Außerdem können auf derartigen Karten, wie auf Druckfachen überhaupt, Abendungsstag, Unterschrift, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Abenders handschriftlich angegeben werden.“

Gegen die Angabe mehrerer Abender bestehen keine Bedenken; ebenso nicht gegen Angaben wie „Herzliche Grüße vom Rügener Ostseestrand“.

Im übrigen unterliegen Ansichtskarten der Postartengebühr.“

Schulstreik in Staaten.

In der Gartenstadt Staaten wird der Kampf um die freie Schule zu einem Schulstreik führen. Eine Elternversammlung forderte die Schaffung eines Kaspizes, das die aus dem konfessionellen Religionsunterricht ausgeschiedenen Kinder in freien Schulen zusammenfassen läßt. Da monatelange Verhandlungen mit den Behörden zu keinem Ergebnis geführt hätten, beschloß die Elternschaft, am 16. August in den Schulstreik zu treten.

Aus der Reinkendorfer Wohlfahrtspflege. Die Waldholungsstätte Schönholz nimmt noch kränklische und unterernährte Schulkinder aus Reinkendorf und Rosenthal zu 4. bis 6wöchiger Kur auf. Die Gebühr beträgt täglich 2.40 M.; bei Bedürftigkeit kann sie auf Antrag ermäßigt oder ganz erlassen werden. Die Kinder erhalten dort Quäterspeisung, ein nahrhaftes Mittagessen und Besper (1/2-1 Liter Milch mit Brötchen). Bei kühlem Wetter ist eine Decke mitzubringen. Meldungen haben in den Schulen beim Schularzt zu erfolgen. — Die Quäterspeisung für Schulkinder setzt mit Beginn der Schule aus und wird erst wieder nach den Michaelisferien aufgenommen. Die Speisung der Kleinkinder und Mütter wird fortgesetzt. Sie findet statt für Reinkendorf-Ost im Kindergarten Seebad, für

Mit der Grausamkeit einer Frau, die enttäuscht ist, wandte Frau von Marisch ihre Gedanken ohne Übergang einem anderen zu. Noch fand sie es ein wenig lächerlich, Frau Saalburg zu heißen, und doch spielte sie, halb ungestanden, schon mit der Idee, diesem Mann nachzugeben, nicht sich oder Saalburg zur Freude, sondern Reisner zum Schmerz, der wählte, sie für immer festzuhalten.

Die Art Saalburgs kam am meisten der ihres ersten Mannes nahe. Noch einmal hoffte sie, zu fliegen, wenn auch nicht über blaue Berge, so doch über eine schöne Landschaft hin, deren saftfarbiger Herbst sie lockte. Sie war es müde geworden, nur zu säen, während ein anderer erntete, sie sehnte sich nach der Zärtlichkeit eines, der, wie ihr erster Mann, sein Glück darin fand, sie anzubeten. Ach, sie war erst so alt, wie ein Liebender ihr sagte, daß sie es sei!

Ihr Haß gegen Reisner wuchs noch, wenn sie daran dachte, wie schlau und doch mit welcher Offenheit dieser Mann sich ihres Namens bediente, sobald er es im Interesse seines Geschäftes für nötig gehalten hatte.

Gerade hier glaubte er, sie fest in der Hand zu haben. Du stehst und fällst mit mir, sagte er zu ihr, wenn ich zugrunde gehe, dann bist auch du verloren!

Es gruselte sie bei diesem Gedanken, und sie schloß die Augen, um nicht sehen zu müssen. Bestand denn Gefahr, daß er fiel? Sie wußte nicht einmal, wie sehr sie bei seinen Unternehmungen, die mit den Jahren ständig gewechselt hatten, engagiert war.

Sie mißtraute ihm. Und je größer dieses Mißtrauen wurde — es wuchs, einmal entstanden, mit der Schnelligkeit eines Brandes, dessen Flammen auf leicht entzündliche Stoffe übergreifen —, um so angstvoller drängte es sie zu einem klaren Kopf und einer ruhigen Hand, die sie allein retten konnten.

War es schon zu spät? Sie bereute, Friedrich Saalburg nicht eingeweicht zu haben, denn mit einem Mal sah sie auch den Mann in ihm, der allein imstande war, ihr wirksam beizustehen.

Plötzlich erinnerte sie sich auch eines Briefes, den sie heute morgen erhalten hatte und in dem ein Fremder sie bat, daß sie ihn empfangen: er sei in der Lage, ihr nicht unwichtige Aufklärungen geschäftlicher Art zu geben.

(Fortf. folgt.)

Verluste des Reichs — Gewinne der Börse.

Die Mark, die in den letzten Wochen nur wenig im Kurse zurückgegangen ist, hat jetzt einen stärkeren Rückgang erfahren.

Table with 6 columns: Amount, 23. 7., 1. 8., 5. 8., 12. 8., 15. 8. Rows include 100 holl. Gulden, 1 Pf. Sterling, 1 Dollar, etc.

Die Preise für fremde Zahlungsmittel sind also gestern fröhlich in die Höhe geschnitten, die Kaufkraft der Mark im Ausland ist entsprechend gesunken.

Der Kursrückgang der Mark seit der Annahme des Ultimatums bringt dem Reich, das die Ultimatumserfüllung in Goldmark zu leisten hat, Verluste von etwa 23 Milliarden Mark.

Die Börse gibt die Antwort. Sie feierte gestern eine Haufe, wie sie von allen berufenen Kritikern als einzig bezeichnet wird.

Die Börse verliert, die Börse verdient. Der Prozeß ist eine ganz natürliche Folge der Geldentwertung.

Belegung der Textilindustrie. Die Textilindustrie steht allgemein im Zeichen eines besseren Geschäftsganges, besonders das Wolstoffgewerbe hat, wie berichtet wird, jetzt eine bessere Beschäftigung.

Ein Sozialisierungsplan für die Wolllindustrie wurde von einem englischen Ausschuss ausgearbeitet, in dem folgende Organisationen vertreten waren: die Arbeiterpartei, der Gewerkschaftsbund, die Konsumgenossenschaften, der 'Dreißig' der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter.

Zum Schiffsverkehrsabkommen des hysap mit Sowjetrußland werden jetzt Einzelheiten bekannt. Nach den Angaben einer sowjetischen Persönlichkeit, die in der 'Metallbörse' wiedergegeben sind, werden sämtliche Transporte aus Deutschland nach Rußland durch die gemeinsam gegründete russisch-deutsche Transport-Gesellschaft ausgeführt werden.

- 101. Abt. Mariendorf. 7 1/2 Uhr in der Aula der 4. Gemeindefabrik, Aufklärung der Kandidaten...
102. Abt. Baumgartenweg. 7 1/2 Uhr in der Aula der 4. Gemeindefabrik...
103. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr in der Aula der 4. Gemeindefabrik...

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 17. August:

Jugendveranstaltungen.

- 104. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr in der Aula der 4. Gemeindefabrik...
105. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr in der Aula der 4. Gemeindefabrik...

Sport.

Die Radrennen auf der Olympiabahn wiesen durch die Teilnahme von R. Rossi (Italien) und G. L. S. (Amerika) eine internationale Beteiligung auf. Der sportliche Genuß wurde aber leider durch den wiederholten einseitigen Regen und Regenschäden stark beeinträchtigt.

Arbeiter-sport.

Wahlergebnisse in Wilmersdorf. Die Berliner und westlichen Vorortvereine hatten am Sonntag leichtathletische Wettbewerbe auf dem großen Stadion am kommenden Sonntag ab. Zu den Wettbewerben traten 73 Männer, 40 Turnerinnen und 68 Jugendliche an.

Das Turnen in Berlin wird nach der Ferienpause in dieser Woche wieder eröffnet. Die Frei-Turnerschaft Schöneberg-Berlin veranstaltet ein dreitägiges Turnfest.

Reinholders-West in der 5. Gemeindefabrik. Unterernährte Kleinkinder, sowie schwangere und stillende Mütter können noch aufgenommen werden.

Die Blaskant am Kottbuser Damm, über die wir gestern kurz berichteten, ist jetzt einigermaßen aufgeklärt. Sie hat sich anders abgepielt, als zunächst angenommen wurde.

Durch Explosion eines Spirituskochers wurde die Blumenhändlerin Frau Hübner in ihrer Wohnung in Lindenstr. 173 an beiden Armen und im Gesicht erheblich verbrannt.

Gefälschte Einkommensteuermarken werden, wie die Kriminalpolizei festgestellt hat, immer noch in verschiedenen Betrieben, großen und kleinen, verwendet.

SPD.-Elternbeiräte! Sprechstunde vom 18. August ab jeden Donnerstag von 5-6 Uhr im Bezirkssekretariat Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts, Zimmer 3.

Aus den Kreisen.

Die erste gemeinsame Veranstaltung der SPD. des Kreises XV fand am 31. Juli im Köpenicker Forst beim Wasserrestaurant Sadowa statt. Etwa 3000 Teilnehmer schmelten sich mittags am Bahnhof Niederschöneweide, um von dort aus in geordnetem Zug durch Niederschöneweide und Oberschöneweide zu marschieren.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 5. Kreis, Friedrichshagen. 7 Uhr Kreisparteiverammlung in Schmitz'schem Lokal, Friedrichshagen. Tagesordnung: 1. Der Kampf um Groß-Berlin...
65. Abt. Tempelhof. 8 Uhr Mitgliederversammlung im Realgymnasium, Kallert-Kunze-Strasse...

Frauenveranstaltungen am Dienstag, den 16. August:

- 100. Abt. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr im Lokal Otto, Kirchstraße, Ecke Wilhelmstraße. Thema: 'Meine Erlebnisreise im Orient'.

Morgen, Mittwoch, den 17. August:

- 1. Kreis, Berlin-Mitte. 7 Uhr Kreisparteiverammlung im Restaurant 'Möhring', Wilschstraße 10.
4. Kreis, Potsdamer Tor. 7 Uhr Kreisparteiverammlung bei Köber, Fichtestraße 10.

Wer einen Kneifer trägt

Manchmal verboten. Wird wissen, wie schwer es ist, einen solchen zu bekommen, der unter allen Umständen richtig funktioniert...

stand, Augenlage und Breite des Nasenrückens bei den Menschen die größten Unterschiede aufweisen. Am Lohmann-Kneifer wurde nun eine Konstruktion geschaffen, die so richtig sitzt wie eine passende Brille...

aber ein guter Sitz der Gläser für die Augen ist, das weiß jeder, der ein Augenglas tragen muß. Der Lohmann-Kneifer übt keinen starken Druck gegen die Nasenwände aus...

ständigem täglichen Gebrauch konnte ich den Kneifer fast vier Jahre tragen, ohne eine Erneuerung der Feder notwendig wurde. Die neue Konstruktion des Kneifers scheint mir durch ihre weitere Vervollständigung besonders empfehlenswert.

Aus aller Welt.

Eisenbahnstrecke. Am 15. d. Mts. vorm. 1 Uhr 15 Min. ist bei Station Agmannsdorf, Strecke Erfurt-Weimar, der Güterzug 6789 mit Lokomotive und den vordersten 15 Güterwagen entgleist. Ursache: verbrecherischer Anschlag durch Bösen der Schienenbefestigungsmittel. Menschen sind nicht verletzt, zehn Güterwagen stark beschädigt. Beide Hauptgleise sind gesperrt. Die Schnellzüge werden über Erfurt-Sangerhausen umgeleitet. Der sonstige Personenverkehr wird durch Umlegen aufrecht erhalten. Der eingleisige Betrieb wird im Laufe des Vormittags wieder aufgenommen. Eine namhafte Belohnung ist zur Ermittlung der Täter ausgesetzt. — Wie die „Dortmunder Ztg.“ berichtet, ist in der Nacht zum Freitag auf den Hügel Vadeborn — Soest in der Nähe von Bielefeld ein Attentat verübt worden. Die Attentäter hatten die Taschen von den Schienen entfernt, die Schienen gelockert und über das Gleis gelegt. Beim Herannahen des Zuges mußten die Attentäter etwas überflüssig den Damm verlassen haben, denn sie ließen eine Laterne zurück. Dieses bemerkte der Lokomotivführer und brachte schleunigst den Zug zum Halten, was unmittelbar vor der Attentatstelle geschah, so daß ein unbeschädigtes schweres Unheil verhütet wurde. Zugbesatz suchte sofort die Umgegend ab, doch konnten sie im nächtlichen Dunkel nichts von dem Uebelthäter entdecken.

Unter Trümmern begraben. Als in der Nacht zu Montag mehrere Arbeiter in dem großen Kesselhaus der Heberlandzentrale in Zschönbach, Kreis Breslau, in dem sich sieben Kessel befinden, beschäftigt waren, entstand plötzlich im Kessel 5 eine heftige Rauchentwicklung, der alsbald eine ungeheure Explosion folgte. Ein Arbeiter vermochte sich ins Freie zu retten. Gleich darauf stürzten

die Pfeiler des Kesselbunkers zusammen und schüttelten ihren Inhalt, ungefähr 8000 Tonnen, ins Kesselhaus — alles unter sich begrabend. Die Westseite des Kesselhauses ist vollkommen eingedrückt, ein Arbeiter wurde schwer verletzt und ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen, zwei weitere wurden unter den zusammengestürzten Pfeilern begraben und sind noch nicht geborgen. Durch die Wucht der Explosion wurde auch das Dach des angrenzenden Maschinenhauses zum Einsturz gebracht. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festzustellen.

Todessturz mit dem Segelflugzeug. Am Montag stürzte aus 600 Meter Höhe der bekannte Jagdflieger Leutnant v. R. Wilhelm Leusch aus Neuh bei Gersfeld mit dem Segelflugzeug tödlich ab. Mit dem glänzend begonnenen Segelflug hat er als erster in ganz überraschender Weise die Lösbarkeit des Segelflugproblems dargelegt.

Im schönen deutschböhmisches Hergelberge hat eine Windkose in den Hochwaldgebirgen ungeheure Verheerungen angerichtet; über 20 000 Hektometer Holz wurden gedrohen. Auch einige Ortschaften wurden schwer heimgesucht. Und dazu der Kiefernstrich der Ronne!

Lohnender Hofeinsatz. Einbrecher haben aus einem verlassenen Hotelzimmer in Delz 1300 000 M. in Tausendmarkscheinen entwendet. Die Diebe sind vermutlich nach Breslau entkommen.

Die Brandung der Hungerwelle. In den östlichen Grenzgebieten Polens treffen täglich etwa 10 000 Flüchtlinge ein. Die polnische Bevölkerung aus den Gegenden von Bresl. Kromki und aus Grodno ist auf der Flucht vor dem Hunger und überläßt die polnische Grenze. Das Kiesenlager in Varanowitz, welches Platz für eine ganze Division hat, ist überfüllt. Viele Flüchtlinge

nächtigen unter freiem Himmel. Es handelt sich nach Warschauer Angabe um geborene Polen, die selbst zurzeit noch keinen Hunger leiden, die aber aus Furcht vor dem Hunger zur Flucht gezwungen sind.

Nordische Woche in Lübeck. Durch die Nordische Woche, die vom 1. bis 11. September in Lübeck stattfindet, sollen die wirtschaftlichen und die kulturellen Wechselbeziehungen zwischen Deutschland und den nordischen Ländern vertieft und erweitert werden. Die Veranstaltung geht also ganz Deutschland und die nordischen Länder an; die Beachtung wird ihr nicht verjagt und das Interesse ist überall sehr reg. Unter den Rednern der Nordischen Woche, handele es sich um das Wirtschaftsgebiet oder das Kulturgebiet, finden wir nur Männer, deren Namen von höchstem Klang sind. Deutsche und nordische Kunst werden sehr bemerkenswertes bieten; die Festspiele im Stadttheater führen Bühnenstücke aus Berlin, Dresden, Wien, München, Hamburg usw. nach Lübeck. Mannigfache gesellschaftliche Veranstaltungen in Lübeck und Travemünde werden für Erholung sorgen. Lübecker Industrie und Gewerbe veranstalten eine Musterchau; auch der Sport findet angemessene Berücksichtigung.

Berlin-Palästina in 7 Tagen. Durch die Neuorganisation der Gilde Erikt-Alexandrien ist es gelungen, den Reisetweg nach Palästina wesentlich abzukürzen. Nach dem letzten Fahrplan der Berliner Niederlassung der „Maawirim“, Jüdische Reise- und Transportgesellschaft m. b. H., kann man Berlin am Mittwoch abends um 6⁰⁰ verlassen und bereits am Freitag früh Erikt über München-Salzburg erreichen. Jeden Freitag mittag verläßt der Eildampfer den Hafen von Erikt, um am Montag nachmittags Alexandria anzukommen. Am nächsten Tage kann man den Zug nach El-Kantara und von dort weiter nach Palästina benutzen, wo der Zug in Haifa am nächsten nachmittags um 5⁰⁰ eintrifft. — Vom Kostenpunkt wird nicht gesprochen.

Z

Zuban Zigaretten

nur aus reinen edlen Orienttabaken

Z

ZUBAN
ZUBAN

Deutscher Metallarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin Hedwig Karstedt Rheinberger Str. 62 am 18. August gestorben ist. Ihre Irem Andenken!
Die Einäscherung findet am Dienstag den 16. August, mittags 12 Uhr im Krematorium Gedächtnisstr. 101. Hohe Beteiligung erwünscht. Die Ortsverwaltung.

Spezial-Arzt
Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Syphilis-, Salvarsan-Kuren, Blutunter, Damen separat. 10-1. 5-7.

Haemorrhoiden
schwinden schnell und schmerzlos durch Myrobalsam, sich bewährt. Außerliche Anwendung. M. 10,00. Otto Reichel, Berlin 41, Eisenbahnstr. 4.

Thüringer Wald, Böhmerwald, Erholungsheim
f. Kranke, Familien, Inbuhler, (bleibt in der Gegend), bekannt mit ob. ab. inf. Dr. Kaoll 10/15 Hakenbrunn, Thür.

Geschäftszeit 8¹/₂-7.

Peek & Cloppenburg G. m. b. H.

Gertraudenstr. 25-26 BERLIN C, Roßstraße 1 u. 2

Preiswerte Konfirmanden - Anzüge

	Form	Brustweite 68-70	Brustweite 72-76	Brustweite 78-82	Brustweite 84-88
17959 Dunkel gemust. Cheviot	1 reihig	306.-	316.-	331.-	351.-
14035 Dunkelblauer Cheviot	1 reihig	447.-	457.-	472.-	492.-
14036 Dunkelblauer Cheviot	2 reihig	468.-	478.-	493.-	513.-
14047 Dunkelblauer, rainwollener Cheviot	1 reihig	531.-	541.-	556.-	576.-
14107 Dunkelblauer, rainwollener Cheviot	2 reihig	590.-	605.-	625.-	650.-
14044 Dunkelblauer Melton-Cheviot, reine Wolle	1 reihig	615.-	635.-	665.-	705.-
14040 Marongo-Cheviot	2 reihig	650.-	670.-	700.-	740.-

Gute Stoffe und Zutaten wie früher.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin X. 54, Cienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Norden 195, 1229, 1087, 9714

Wittwoch, den 17. August 1921, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cienstr. 83/85:

Versammlung

der Kran-, Aufzugs- und Stellwerks-Monteurs und Helfer.

Tagesordnung: 1. Bericht der Verhandlungskommission. 2. Bericht des...

Wittwoch, den 17. August 1921, abends 7 Uhr, in Riem's Gasthof, Köpenicker Str. 13:

Große öffentliche Versammlung aller Eisenbahner- und Werkstattarbeiter.

Tagesordnung: 1. Wie kann die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner verbessert werden? 2. Referent: Kollege Otto Blatz. 3. Freie Aussprache.

Donnerstag, den 18. August 1921, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 13 (Restaurant):

Branchen-Versammlung der Betriebsrohrlager und Helfer.

Tagesordnung: 1. Die Bewegung in der Metallindustrie. 2. Betriebs- und Branchenangelegenheiten. 3. Bericht des...

05/15 Die Ortsverwaltung.

Die billigsten Kinderstiefel

Trotz der dauernden, enormen Preissteigerung auf dem Ledermarkt, bringen wir jetzt noch Damen-, Herren- sowie Kinderstiefel und Halbschuhe zu ganz kolossal billigen Preisen. Wegen Platzmangels können wir hier nur wenige Beispiele anführen. Sehen Sie sich unsere 11 Schaufenster an.

Turaschuhe mit Chromleder-
sohlen 21-25 12.50
26-30 14.50, 31-35 16.50

Sandalen sehr kräftiges, hal-
basses Millarleder, 25-30 25.-
31-35 26.-, 36-40 27.-

Rindbox-Halbschuhe 28.50
mit Spange, ganz breite Form, 25-30
31-35 28.50, 36-40 29.50, 41-45 30.50

Rotbraun Boxcalf 79.50
sehr gute Qualität, 27-30
31-35 89.50

Braun Spiegelbox 98.50
besonders haltbar, hübsche Stiefel mit
Doppelsohlen, 27-30
31-35 109.-

**Braun Chevreaux u.
Boxcalf** besonders hübsche Sachen mit
und ohne Doppelsohlen in großer
Auswahl sehr billig.

Billige Kinderstiefel
besonders kräftiges, haltbares Leder
27-30 39.-, 31-33 45.-, 35-36 29.-

Dieselben in besserer Ausführung
27-30 49.-, 31-35 54.-, 38-39 36.-

Echt Rindbox, 27-30
sehr bequeme, gesunderliche Form,
sehr gute Qualität, 31-35 79.50 69.50

**Leinenstiefel - Halbschuhe
u. Spangenschuhe** sehr billig

**Feinfarbige Kinderstiefel
und Halbschuhe**
Größe 21-26, in braun, grau, rot und blau,
Spezialchevreaux, 20 Sorten

Kräftige Knabenstiefel 69.-
(in echt Rindbox 98.50)

Herrenstiefel 48.-
kräftiges Spaltleder

Besonders breite Form 69.-

Echt Rindbox 98.50
mit Lederbrandsohle

Braun Rindbox 158.-
Stiefel und Halbschuhe

Orig. Goodyaer Welt 145.-
auf Rand genäht 168.-

**Feinfarbige, rand-
genähte Sachen**, mit u.
ohne Doppelsohlen 195.-

Feine Luxussachen
in braun u. schwarz, mit Stoffeinsätzen,
billig.

Feine Luxus-Damenschuhe
schwarz und braun Samisch-Leder in
Pompe a Spange, Lack-, Schell- oder
Spangenschuh mit gros Überzug-Ein-
satz, Lack-Zuggehülse, braune Schell-
schuhe, alles exakt, Extra Formeln (best): 98.50

Lack-Schickschuh
mit und ohne Spange, Orig.-Goodyaer-
Welt-Lack-Spangenschuhe mit prima
Überzug-Einsatz, sehr schöne Details
durchweg neu 135.00

**Feine Wildleder-Pumps und
Laschenschuhe** in verschiedenen Farben
sehr billig.

Jede Dame kann sich - auch mit den bescheidensten
Mitteln - bei uns 1 Paar solche Schuhe kaufen.

**Damenstiefel und Halb-
schuhe**, modern, breit, kurz 69.00

Feine Halbschuhe 98.50
mit und ohne Lackkappen, ganz mo-
derna, kurze Formen 115.- 135.-

Braune Stiefel und Halbschuhe
in echt Chevreaux, echt Boxcalf, sehr billig.

Grossdetail-Schuh-Lokal

nur Münzstr. 25
Unterg. Alexanderplatz
Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54.

Die 2. Internationale für das russische Volk!

Der Sekretär des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale, Genosse Ramsay Mac Donald, hat an die sozialistischen Organisationen ein Rundschreiben versandt, in dem in warmen Worten auf das in Russland infolge der Winternot entstandene schreckliche Elend hingewiesen wird und die sozialistischen Organisationen aller Länder aufgefordert werden, zur finanziellen und materiellen Unterstützung je nach den Verhältnissen des jeweiligen Landes beizutragen.

Am Schluß des Schreibens heißt es:

„Wir bitten alle Organisationen dringend, diese Arbeit ohne Verzögerung in Angriff zu nehmen. Eine große Hungersnot in Russland während des kommenden Winters kann unheilvolle Folgen sowohl in politischer wie in ökonomischer Hinsicht haben. Nicht nur unsere sozialistischen Grundsätze, sondern auch unsere Menschlichkeit machen es uns zur Pflicht, Hilfe zu leisten.“

Mit kameradschaftlichem Grusse

gez. G. Ramsay Mac Donald.

Wie bekannt, hat sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bereits vor Eingang dieses Schreibens an der großen gemeinsamen Aktion beteiligt, die von Reichs wegen unter Leitung des deutschen Roten Kreuzes schon Ende Juli eingeleitet worden ist. Der seinerzeit gebildete Aktionsausschuss, in dem als Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes Genosse Bartels s. g. hat bereits ganz hervorragende positive Leistungen aufzuweisen: Hilfsexpeditionen mit zahlreichen Ärzten, Bakteriologen, Krankenschwestern und sonstigem Sanitätspersonal, mit pharmazeutischen Mitteln, Desinfektionsapparaten sind bereits abgegangen und weitere Transporte stehen noch bevor. Die finanziellen Mittel für die Durchführung dieser großzügigen Hilfsaktion sind bereits in solchem Maße vorhanden, daß die materielle Seite dieses Liebeswerkes bereits auf etwa ein halbes Jahr gesichert ist.

Wie in dem Schreiben der Zweiten Internationale sehr richtig bemerkt wird, muß sich die Art der Hilfe je nach den besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten der einzelnen Länder richten. So ist es gänzlich ausgeschlossen, daß Länder, die selbst seit Jahren an Lebensmangel leiden, in nennenswertem Umfang Sendungen zur Linderung der Hungersnot durchführen. Dagegen können sie, wie es z. B. Deutschland bereits tut, ihre Kräfte auf die Bekämpfung jener furchtbaren Seuchen, die als Folge der Hungersnot in Russland ausgebrochen sind und mindestens ebenso gefährlich wüten wie die Hungersnot selbst, konzentrieren.

Auch wird in den Kreisen der hiesigen offiziellen Sowjetmission der Umfang und der Wert dieser deutschen Hilfe, sowie deren tatkräftige Förderung durch die amtlichen Stellen durchaus gewürdigt und dankbar empfunden.

Die Rasgeier.

Die Kommunisten aller Länder sind eifrig am Werke, aus der entsetzlichen Not des russischen Proletariats zugunsten ihrer parteipolitischen Agitation Kapital zu schlagen, obwohl das elementarste Anstandsgefühl sie davon abhalten sollte, ein Massensterben für ihre besonderen Zwecke auszunutzen, an dem, gelinde ausgedrückt, das in Sowjet-Russland herrschende System zumindest nicht ganz unschuldig ist.

Auf der anderen Seite gibt es in allen Ländern die entgegengesetzte Sorte von Rasgeiern, die nun das Elend des russischen Volkes zu einer großzügigen Aktion zum Sturze des bolschewistischen Regimes ausnützen möchten und die daher gegen die Hilfeleistung zugunsten des russischen Volkes eintreten. Solche Stimmen konnte man vor etwa zwei Wochen zur gleichen Zeit und fast mit denselben Worten und Argumenten im Pariser „Figaro“ und in dem gleichgesinnten Berliner „Lokal-Anzeiger“ lesen. Nun jubelt die deutsche Rechtspresse wiederum über einen Brief des russischen Dichters Dimitri Merejkowski an Gerhart Hauptmann, in dem der Sturz der Rätegewalt als Vorbedingung einer jeglichen Hilfsaktion gefordert wird. Ähnlich äußert sich, zur besonderen Freude der reaktionären Slippstaffel, eine anderer russischer Schriftsteller und fanatischer Antibolschewik, Iwan Raschwin, gegen die Hilfe für Sowjet-Russland.

Daß sich auch die „Rote Fahne“ über dieses Treiben der „weißgardistischen Rasgeier“ entrüstet, finden wir durchaus berechtigt. Eine besondere Schamlosigkeit ihrerseits ist es aber, daß sie unmittelbar danach den in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ erschienenen Artikel über die „Hungersnot in Georgien“ als eine „unerwartete Hilfe“ für die weißgardistischen Hezer bezeichnet. Sie drückt einzelne Sätze dieses Aufsatzes ab, verschweigt aber natürlich, daß darin ausdrücklich erklärt wurde, die Schuld der Moskauer Herrscher dürfe in keiner Weise das Hilfswerk zugunsten der leidenden Massen beeinträchtigen.

Das tollste dabei ist aber, daß die „Rote Fahne“ bezeichnenderweise nicht wagt, den Namen des Verfassers unseres Artikels ihren Lesern mitzuteilen. Offenbar war sie sich dessen bewußt, daß sogar ihre Leser bei der Erwähnung des Namens Tschaidse stutzig werden könnten. Tschaidse genießt in der internationalen Arbeiterbewegung seit mindestens zwei Jahrzehnten den Ruf eines unerschrockenen Kämpfers des russischen Proletariats, er hat schon unter dem Zarensystem, auch als Dumaabgeordneter, wiederholt Bekanntheit mit den Gefängnissen und Deportationslagern machen müssen, und dies zu einer Zeit, wo die kleinen Klümmels, die heute in der „Roten Fahne“ darauf loshampfen, von Sozialismus und Klassenkampf noch keine Ahnung hatten, soweit sie damals überhaupt schon geboren waren!

Die spanische Niederlage.

Madrid, 13. August. (D.L.) Der Kommissar für Marokko, General Berenguer, hat einen Brief des Generals Navarro erhalten, in dem dieser mitteilt, daß er sich bei den Beni-Hassal-Räubern in Gefangenschaft befindet. Ein Parlamentär dieses Stammes meldete, daß außerdem noch 43 Offiziere und Soldaten sich dort in Gefangenschaft befinden. Bei den Beni-Hassal-Räubern seien weitere 300 gefangene Spanier und eine weitere geringere Anzahl bei den Beni Sidol und in Rabor.

Die Konferenz von Portofino, die alle Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns einschließlich Ungarns unter dem Vorsitz der Entente vereinigen sollte, dürfte nach einer Aeußerung des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Beneš gescheitert sein. Man will weder die Benennung noch die Teilnahme Ungarns.

Die Erfassung der Goldwerte.

Der volksparteiliche Abgeordnete Pinkerneil veröffentlicht in der Sonntagsausgabe des „Hannoverschen Couriers“ Auszüge aus einer geheimen Denkschrift des Reichswirtschaftsministers über die Erfassung der Goldwerte zur Wiedergutmachung. Die wichtigsten Tatsachenaussagen daraus seien nachstehend mitgeteilt:

Im ersten Teil der Denkschrift wird die Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der städtischen Wohn- und Mietgebäude, der gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen auseinandergesetzt. Vom landwirtschaftlichen Grundbesitz wird behauptet, daß sich bereits im Frühjahr 1921 gegen 1913 die landwirtschaftlichen Reinerträge auf das Drei- bis Fünffache erhöht hätten. Die jetzige Gestaltung der Getreidewirtschaft bringe eine weitere Mehreinnahme von 4-5 Milliarden Papiermark, so daß mit einem Reinertrag von 14 bis 15 Milliarden, d. h. mit dem 5/2-fachen Friedensbetrag zu rechnen sei. Die Wertsteigerung der forstwirtschaftlichen Grundstücke sei höher. Vom städtischen Hausbesitz wird gesagt, daß er durch die Zwangswirtschaft weniger ertragreich geworden sei, daß aber eine weitere Steigerung der Mieten bis auf rund 300 Prozent eine hohe Wertsteigerung in sich schließt. Auch bei den gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen sei eine Ertragsvermehrung auf das Sechsfache anzunehmen.

Die Denkschrift schlägt vor, von dem sechsfachen Friedenswert den fünften Teil heranzuziehen. Die Heranziehung soll durch Belastung des landwirtschaftlichen Grund- und Gebäudebesitzes in Form einer Grundschuld erfolgen, die an erster Stelle als Goldgrundschuld eingetragen sei, und in dem Verhältnis, in dem sich zur Zeit der Eintragung Gold- und Papiermark zueinander befinden. Bei stärkerer Entwertung der Papiermark wächst ganz mechanisch die Schuld, die sich verringert, falls eine Besserung des Valutastandes eintritt. Die Verzinsung der Grundschuld ist mit 4 Prozent angesetzt.

Der Ertrag an Vermögenswerten, die dem Reiche dadurch zufließen, wird auf 110 Milliarden bei der Landwirtschaft, auf 67 Milliarden beim städtischen Grundbesitz und auf 108 Milliarden bei gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen angenommen. Werte, die sich steigern, wenn die Reste der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft beseitigt werden und die Mieten weiter in die Höhe gehen. An laufenden Erträgen aus diesen Beteiligungen errechnet man bei der Landwirtschaft 4,4 Milliarden, aus dem städtischen Grundbesitz 3 Milliarden, aus den gewerblichen und kaufmännischen Betrieben 4,4 Milliarden. Diese Beträge erhöhen sich auf insgesamt 17 Milliarden, wenn der Rest der Zwangswirtschaft beseitigt und die Mieten weiter gestiegen sind.

Es ist auffallend, mit welchem Eifer Herr Pinkerneil Vorschläge und Ertragsberechnungen von geplanten Steuern der Enteignung unterbreitet, während er doch behauptet, daß er mit seinem Artikel Handel und Gewerbe „den Zugriffen sozialistischer Experimenteure und des Feindes“ entziehen will. Wir verstehen vollkommen die Herabwürdigung, die Herr Pinkerneil als Mitglied der Deutschen Volkspartei erfährt, wenn er von einer wirklichen Belastung des Besitzes hört. Wir sehen ihm auch nach, wenn er in Tobtsuchtsanfällen gegen den sozialistischen Wirtschaftsminister verfährt, der mit einer planmäßigen Erfassung der Goldwerte und ihrer Heranziehung zur Wiedergutmachungsleistung verhindern will, daß die ganze deutsche Industrie ähnlich wie jetzt die Gerbstofffabrik H. Renner-Hamburg zum Schaden der Volksgemeinschaft ins Ausland verkauft wird. Wenn er aber den Verdacht hegt, daß die Absicht der Erfassung der Goldwerte dem Wunsche entspringe, „die Expropriateure zu expropriieren“, so ist das im Grunde dessen, der die Denkschrift kennt, eine bewußte Unwahrheit. In seinen Vorschlägen hat, wie uns zufälligerweise bekannt ist, Genosse Schmidt keineswegs eine Teilsozialisierung oder auch nur eine regelrechte Teilenteignung dieser Art gefordert, sondern vielmehr den Betroffenen ausdrücklich freigestellt, ihre Schuld an das Reich durch Barzahlungen abzulösen. Das schien uns als einer der bedenklichsten Punkte des Programms, weil er nach unserer Meinung dem Besitz es freistellte, sich der Reichsbeteiligung zu einem Zeitpunkt zu entledigen, der ihm gerade günstig schien.

17 Milliarden errechnet im Höchsthalle die Denkschrift an laufendem Ertrag aus der Beteiligung des Reiches an den Goldwerten. Das ist natürlich ein „Verbrechen“. Dagegen ist es kein Verbrechen, den darübenden Massen auf dem Wege der Umsatzsteuer allein 25 Milliarden abzuschöpfen und es ist weiter kein Verbrechen, durch Abgaben auf andere lebenswichtige Waren die Lebenshaltung der Lohnempfänger und Kleinrentner im Interesse des Reiches herabzudrücken. Diese Denkwiese ist uns allerdings fremd.

Die Zahlen beweisen aber, daß es nun erst recht erforderlich ist, für eine entschiedene Erfassung der Goldwerte einzutreten, unbehört von allen Rücksichten auf reaktionäre Demagogie.

Auf unsere Ausführungen in der Sonntagsausgabe, die auf Grund von Berechnungen des „Berliner Börsencouriers“ den Nachweis erbrachten, daß die bisherigen Vermögenssteuerpläne der Reichsregierung das Kapital selbst gar nicht angreifen, hat das Börsenblatt erwidert. Es weist darauf hin, daß die Aktienpapiere sich nicht zu 13 Proz. verzinsten, wie wir es angaben. Der „Börsencourier“ rechnet so: Wenn eine Aktie 13 Proz. Dividende trägt, so ist ihr Kurs — sagen wir — 300. Daraus ergibt sich eine Verzinsung von nur 4 1/2 Proz. Der „Börsencourier“ hätte recht, wenn die gegenwärtigen hohen Börsenkurse sachlich begründet wären. Das wird aber gerade von der Börsenpresse selbst oft genug bestritten, wenn sie auf die Gefahren des gegenwärtigen Spekulationsfiebers hinweist. Ferner aber weiß der „Börsencourier“ ebenso wie wir, daß die wertvollsten Gewinne beim Aktienbesitz nicht aus den Dividenden fließen, sondern aus Bezugsrechten. Wenn — ein Fall, der duzendfach vorgekommen ist — ein Unternehmen sein Kapital erhöht und neue Aktien zu einem Kurs von 150 ausgibt, während der gegenwärtige Börsenkurs weit über 500 ist, so verdient der Aktionär, ohne einen Pfennig Dividende zu verlieren, an dem Verkauf der neuen Aktien volle 175 Proz. Und wenn der Aktionär sogar — was auch oft genug vorgekommen ist — die neue Aktie geschenkt erhält, so verdient er daran ohne weiteres 250 Proz. Das ist das Geheimnis, das über den Besitz von Sachwerten liegt, ganz abgesehen davon, daß bei einem Uebergang der betreffenden Aktiengesellschaft in fremde Hände gewöhnlich infolge der Geldentwertung bedeutend höhere Erlöse erzielt werden, als sie der Dividende und dem Aufwand für die Anschaffung der Aktie entsprechen.

Gerade deshalb läßt eine Erfassung des Kapitalertrages dem Reiche wenig, solange die Substanz des Vermögens unangefastet bleibt und dem Besitzer noch wachsende Gewinne abwirft.

Reinfall des Stahlhelms.

Aus Stendal schreibt man uns: Die Orgeles-Organisation „Stahlhelm“ hatte durch die hiesige streng konservativ-deutschnationale Zeitung bekanntgegeben, daß am 13. August die Weihe der neuen Fahne stattfinden würde. Das Fest sollte mit Aufzug, Weihe der Fahne im Stendaler Dom und großem Paradezug der Welt zeigen, wie armstellig doch die demokratisch-republikanische Staatsform ist.

Am Sonntag machte sich eine starke Erregung unter der Arbeiterschaft bemerkbar. Während der Zeit, wo die Mannen der Reaktion im Parademarsch zum Aufzug sich aufschickten, zeigten Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen ein besonderes Interesse für das Fest der Frontkämpfer. Als der Festzug begann, marschierten an seiner Spitze — rote Fahnen und Schilder mit sozialistischen Aufschriften. Der Zug nahm die Richtung an, die von den Arbeitern angegeben wurde, zwischen ihnen marschierten die herrlichen Heldenfiguren der Orgeles-Bereinigungen mit stolz gekrümmtem Haupte.

Vor dem Domplatz, den in seinem ganzen Umfang zu betreten die heilige Polizei nicht erlaubte, kam es zu einem kleinen unangenehmen Zwischenfall. Starke Mannen der auf die Weimarer Verfassung verpflichteten Polizei zeigten ein unverhohlenes Interesse für die rote Fahne. Mit Kraft und mutwillig entwickeltem Eifer versuchten sie sich in den Besitz der Fahne zu setzen. Der Versuch endete aber mit einer viel belächelten Niederlage.

Während sich nun die etwa 5000-6000 Arbeiter zwangslos auf dem Domplatz aufstellten, hielten die Stahlhelmbanden im Dom ihre Fahnenweihe. Wahrscheinlich beschämt durch die Abreibung, die sie ob ihres gefeierten und verfassungswidrigen Verhaltens von dem Weibeherrschenden bekommen hatten, hielt es der größte Teil der auf Orgeles und Stahlhelm schwörenden Festteilnehmer für angebracht, durch ein Hinterlärchen des gewaltigen Domes, das in den Gefängnis Hof führt, zu verschwinden.

Die Musik, die durch die Beendigung der Frier für eine kurze Zeit arbeitslos war, wurde verpflichtet, der Arbeiterschaft auch einmal etwas aufzuspielen, und unter dem Torteil des Domes erklang stolz und siegesfreudig die Melodie des alten Kampfliedes der Arbeiter „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen“. Rasch gruppierten sich die Massen, und Bonner und Musik voran, demonstrierten die Arbeiter für die Republik, gegen Reaktion und das alte zusammengebrochene System. Eine kurze Ansprache vor bisher 10 000 Personen (soviel hatten sich mittlerweile eingefunden) und ein brausendes willensstarkes Hoch auf die Republik und die Arbeiterschaft beendete die Willenskundgebung der Arbeiter.

Arbeitsgemeinschaft Koffbach.

Ueber den Wert dieser merkwürdigen Organisation wurde viel gestritten. Wir bleiben dabei, daß sie eine gemeingefährliche Kinderei ist. Man lese nur das nachstehende Schreiben und den dazu gehörigen Verpflichtungsschein. Beides liegt uns im Original vor.

Mannsee, Datum des Poststempels.

Herrn

Em. Hochwohlgeboren überende ich anliegend den Verpflichtungsschein für inaktive Mitglieder, da Sie den Wunsch geäußert haben, als solches der Arbeitsgemeinschaft Koffbach beizutreten. Der Verpflichtungsschein ist umgehend nach Unterschrift an die Leitung der Arbeitsgemeinschaft in Berlin-Bannsee, Otto-Grieh-Str. 10, zurückzusenden. Wir machen bei dieser Gelegenheit nochmals darauf aufmerksam, daß der U.S.-Beitrag für inaktive Mitglieder in Höhe von 4 Mk. monatlich ohne jede vorherige Aufforderung auf das Postfachkonto Kurt Oskar Barl Nr. 80 613 in Berlin pränumerando einzuzahlen, und für den Monat Juli nachgezahlt ist, dafür erhält jedes Mitglied den „Kamerad“ kostenlos zugestellt. Es ist auch ungenügend, daß der Beitrag für mehrere Monate im voraus bezahlt, da hier entsprechende Listen darüber geführt werden. Mitgliedskarte geht Ihnen nach Eingang des Beitrages zu.

Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft Koffbach.

Ruhfus.

Verpflichtungsschein für inaktive Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Koffbach.

- Ich trete der Arbeitsgemeinschaft Koffbach als inaktives Mitglied bei und verpflichte mich:
 - a) zur Erfüllung und Anerkennung der Satzungen,
 - b) zu fester treuer Kameradschaft,
 - c) zu pflichtbewusster Arbeit zugunsten der Gemeinschaft,
 - d) auf Wunsch der Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung zu stehen soweit die Verhältnisse es erlauben.
 - Wir ist bekannt, daß ich bei unehrenhafter Führung und moralischer Untauglichkeit die Mitgliedschaft als inaktiver Angehöriger verlieren werde.
 - Ich will mit meiner ganzen Kraft dazu beitragen, das Ehrenschild der Gemeinschaft rein zu halten und zu arbeiten für das Wohl meines lieben deutschen Vaterlandes.
 - Ich verpflichte mich, die Leitung der Arbeitsgemeinschaft Koffbach in Berlin-Bannsee, Otto-Grieh-Str. 10, dauernd über meinen selten Wohnort auf dem laufenden zu halten und einen Beitrag von monatlich 4 Mk. ohne jede vorherige Aufforderung auf das Postfachkonto Kurt Oskar Barl, Berlin 80 613 zu überweisen.
- Wenn bei den zuständigen Stellen gelegentlich ein Beamter einmal etwas Zeit übrig hat, könnte er sich ja diese Seite der Arbeitsgemeinschaft Koffbach etwas genauer betrachten. Die Sache hat aber keine besondere Eile. Es genügt uns, wenn ein Aktenstück angelegt wird und „Ermittelungen“ stattfinden.

Eisenbahnarbeiterstreik in Hessen-Nassau.

Kassel, 15. August. (M.T.B.) Amtlich wird von der Eisenbahndirektion mitgeteilt, daß der Eisenbahnarbeiterstreik gestern auf die Betriebsarbeiter der Bahnhöfe Hannoversch-Münden, Göttingen, Nordheim, Krielen, Seelen, Warburg und Eschwege übergriffen hat. Am heutigen Vormittag mußten sieben Personenzüge auf längere Entfernungen ausfallen. Im übrigen wird der gesamte Personen- und Güterverkehr aufrechterhalten. Die Eisenbahndirektion Kassel vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahnarbeiter nur mit den hierfür zuständigen Spitzenorganisationen in Berlin stattfinden können, weil der Reichslöhntarif mit diesen abgeschlossen worden ist. Die Eisenbahnarbeiter in Nordhaußen vertreten ebenfalls diesen Standpunkt und haben deswegen die Beteiligung am Streik abgelehnt. Auch die Lokomotivführer und Schaffner wollen, entgegen den umlaufenden Gerüchten, nicht streiken. Das Kasserer Gewerkschaftsamt, das sich heute nachmittags und abends eingehend mit den Forderungen der Eisenbahnarbeiter befaßt, hat beschlossen, den Streik als ordnungsmäßigen und nicht als wilden anzusehen.

Die Bremer Streiks sind wesentlich verschärft, auch Betriebe der Lebensmittelindustrie und Lebensmittelhändler betroffen. Technische Nothilfe ist am Werk. Was zuerst kam — Verschärfung oder Nothilfe, ist nicht ganz klar. — Die Großindustrie ist zum Teil lahmgelegt, da die Abgabe von elektrischem Strom nur an die lebenswichtigen Betriebe erfolgt. Der Straßenbahnverkehr ruht. Die Aktiengesellschaft „Weser“ hat infolge eigener Kraftverlängerung ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Arbeiter sind vollständig erschienen, üben aber passive Resistenz. Der Senat trat mittags erneut zu einer Beratung zusammen, an der ein Ministerialvertreter aus Berlin teilnahm.

Gewerkschaftsbewegung

Zersplitterung der Hilfsaktion für Rußland.

Die Kommunistische Partei übermittelt uns einen Beschluß ihres Komitees „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“ mit dem Ersuchen um Veröffentlichung. Das müssen wir aus den folgenden Gründen ablehnen:

Das „Deutsche Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“ ist eine rein kommunistische Sammelaktion. Die Arbeiterschaft allein aus sich heraus ist aber nicht im entferntesten in der Lage, der ungeheuren Not in Rußland zu steuern. Das hat die Sowjetregierung auch selbst eingesehen und deshalb den Dichter, nicht den Kommunisten, Maxim Gorki beauftragt, Rußlands Hilfsruf an die gesamte Kulturwelt und nicht allein an die Arbeiterschaft zu richten. In Deutschland hat sich sofort das „Hilfskomitee Rußlandhilfe“ gebildet. In diesem Hilfskomitee sind neben bürgerlichen Vertretern, die das Hilfswerk unterstützen, die U.S.P. durch Dr. Moses und unsere Partei durch die Genossin Juchacz vertreten. Die praktische Ausführung des Hilfswerkes erfolgt durch das deutsche Komitee. Dr. Moses hat diesen Weg ausdrücklich als den einzigen erklärt, wenn man Rußland schnell helfen wollte. Es wird erwogen, Kolonnen von Arbeiter-Samaritanen der Roten-Kreuz-Expedition einzuschleusen. Das erste Schiff mit Ärzten und Medikamenten ist bereits unterwegs. Die Berliner Stadtverordneten der drei sozialistischen Parteien haben folgenden dringenden Antrag dem Magistrat unterbreitet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit größter Beschleunigung dem offiziellen Hilfskomitee für Sowjetrußland 100 000 M. aus Vorbehaltsmitteln zu bewilligen. Dr. Bepl, Helmann, Gaebel.“

Zu den Antragstellern gehören auch die Kommunisten. Die Summe von 100 000 M. soll dem „Hilfskomitee Rußlandhilfe“ und nicht etwa dem kommunistischen „Komitee Arbeiterhilfe“ für Rußland überwiesen werden. Die Kommunisten erkennen also den reinen Hilfscharakter des „Hilfskomitees Rußlandhilfe“ offiziell an. Die Berliner Gewerkschaftskommission will an die gewerkschaftlichen und politischen Organisations-Sammelstellen herausgeben. Der Ertrag dieser Sammelstellen soll ebenfalls dem „Hilfskomitee Rußlandhilfe“ überwiesen werden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam) hat in der Konferenz am 13. und 14. August in Berlin über eine große internationale Hilfsaktion Beschluß gefaßt. Die Summe von 1 Million Mark ist, wie gemeldet, sofort bereitgestellt worden.

Deutschland und die Gewerkschaftsinternationale Amsterdam haben also dem Hilfsruf, den Sowjetrußland durch Maxim Gorki in die Welt hinausandte, sofort Folge geleistet. Ehe die deutsche Kommunisten einen schwülstigen Aufruf fertigbrachten, war bereits die erste Hilfsexpedition des „Hilfskomitees Rußlandhilfe“ unterwegs. Wenn jetzt die Kommunisten ein eigenes Hilfskomitee aufziehen, so bedeutet das weiter nichts als eine Zersplitterung der einheitlichen großen Hilfsaktion. Wenn dazu die anderen proletarischen Parteien, die ausnahmsweise mal als Genossen und nicht als gelbe Verräter angesprochen werden, zur Mitarbeit herangezogen werden sollen, so doch nur, um den kommunistischen Sammlungen als Aushängeschild zu dienen.

Ueber die Verwendung von Geldern, die durch kommunistische Sammelstellen aufgebracht werden, hat die Arbeiterschaft nicht die geringste Kontrolle. Es liegt nicht nur der Verdacht nahe, sondern es ist ganz wahrscheinlich, daß die Kommunisten aus einer Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland in erster Linie eine finanzielle Hilfsaktion für ihre zusammengebrochene Partei machen. Hat doch selbst die kommunistische Provinzpresse festgestellt, daß die Mitgliederzahl der U.S.P. von 500 000 vor dem Märzputsch auf 161 000 zahlende Mitglieder heruntergegangen ist.

Ehrenpflicht der Arbeiterschaft ist es, dem von Hunger und Seuchen heimgesuchten Rußland zu helfen. Zu diesem Zweck dürfen aber nur die von den freien Gewerkschaften herausgegebenen Listen gezeichnet werden. Nur so ist die Gewähre gegeben, daß die aufzubringen Mittel einwandfrei verwendet werden.

Die Unterstüßungsgelder.

Der Vollzugsrat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin und die Unterstüßungskommission der Berliner Arbeiterschaft haben in gemeinschaftlicher Sitzung beschloffen, der Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte folgenden Antrag zu unterbreiten:

1. Die Gelder der Unterstüßungskommission müssen auf das alle Konto zurückgeführt werden.
2. Die Treuhänder für dieses Geld werden sofort gewählt.
3. Die Unterstüßungskommission und der Vollzugsrat werden beauftragt, a) eine Nachprüfung der gesamten Gelder der Unterstüßungskommission, b) eine Nachprüfung der gesamten Kassenführung des ehemaligen Vollzugsrates, c) eine Nachprüfung sämtlicher freiwilliger Sammlungen, die von dem ehemaligen Vollzugsrat getätigt worden sind, vorzunehmen.

In dieser Angelegenheit ist uns von den Herren Gertz und Hagen eine Erklärung zugegangen, in der sie sich gegen die im „Vorwärts“ vom 13. d. M. erhobenen Vorwürfe wenden und erklären, daß über die anfänglich des Streiks der Angestellten der Metallindustrie gesammelten Unterstüßungsgelder Abrechnung in einer Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte gegeben wurde, und daß mit diesen Geldern einwandfrei verfahren worden sei. Zum Schluß drohen sie, die Urheber und Verbreiter der Verleumdungen vor den bürgerlichen Gerichten zu belangen.

Es ist immerhin interessant, daß auch hier wieder Kommunisten es nicht verschmähen, sich an bürgerliche Gerichte zu wenden. Diese legerliche Handlungsweise könnte ihnen jedoch erpart bleiben, wenn sie den Beschluß der Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte abwarten würden, der nach seiner bestimmt vorauszu sehenden Annahme eine Handhabe zur gründlichen Klärung der ganzen Angelegenheit bietet. Im übrigen sehen wir der angekündigten gerichtlichen Auseinandersetzung mit großer Ruhe entgegen.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Am letzten Donnerstag war im Gewerkschaftshause eine Vollversammlung des gewerkschaftlichen Jugendrates, die von allen Gewerkschaften, in denen Jugendliche organisiert sind, besichtigt war.

Zunächst gab Siegle einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses des Rates. Er schilderte die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, um der Jugend, die in den Gewerkschaften zusammengefaßt ist, zu ihrer berechtigten Anerkennung zu verhelfen. So sei es z. B. bis jetzt noch nicht gelungen, für die zehntausende organisierter Jugendlichen in den Gewerkschaften Vertreter in das Zentraljugendamt der Stadt Berlin hinein zu bekommen. Der Ausschuh habe auch versucht, die Wünsche der freigewerkschaftlichen Jugend in bezug auf die Befestigung des Dezernats für das Fortbildungsschulwesen geltend zu machen. In dieser Angelegenheit hat eine öffentliche Versammlung stattgefunden. In der Dr. Herring, der für den Posten des Schulrats für das Fortbildungsschulwesen kandidierte, sein Programm entwickelte. Die Versammlung war von Vertretern aller Gewerkschaften und von Interessenten sowie auch von einer großen Anzahl Jugendlicher besucht, die sich auf den Boden der von Dr. Herring vertretenen Ansichten stellten. Siegle berichtete ferner, daß die Forderungen, die von der gewerkschaftlichen Jugend zur Vesserstellung der Lage der arbeitenden Jugend gestellt werden mußten, in nächster Zeit in weitesten Kreisen verbreitet werden sollten. Man habe in Berlin aber erst die Entschliegung des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen abwarten wollen. Ueberhaupt werde im Herbst eine rege Agitationsarbeit entfaltet werden müssen. Es müsse außerdem auch in der Bildungsfrage etwas unternommen werden. Jedoch sei es zur Erlangung aller dieser Aufgaben nötig, daß eine besondere Kraft damit beschäftigt werde. Perlmann ergänzte diese Ausführungen durch einen Bericht über eine Wanderung in die sächsische Schweiz, die zu Pfingsten mit 44 Teilnehmern unternommen wurde.

In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Jugendamt bisher sehr wenig geleistet habe, jedoch wurde gleichzeitig festgestellt, daß es auch nicht mehr habe vollbringen können. Ueber den Hauptausfluß für Leibeshilfen und Jugendpflege, sowie über die Mitarbeit in den kommunalen Jugendämtern referierte Dr. Löwenberg. Er forderte, daß die Gewerkschaften sich mehr als bisher um diese Einrichtungen kümmern müßten, denn es sei notwendig, die politischen Jugendorganisationen, sowie auch die proletarischen Sportverbände in ihrem Kampf, den sie gegen die bürgerlichen Verbände zu führen hätten, zu unterstützen. Auch sei es für die gewerkschaftliche Jugend von großer Bedeutung, daß sie sich die Vorteile, die die Mitarbeit dort bietet, zunutze mache. Es gäbe noch Ausblicke, die ein verborgenes Dasein führten und, weil die Arbeiterschaft sich nicht um sie kümmern, ganz im reaktionären Sinne arbeiteten. Er forderte des-

halb die einzelnen Verbände auf, beim Hauptausfluß für Leibeshilfen und Jugendpflege und in den Bezirksjugendämtern mitzuarbeiten.

Eine Entschliegung in diesem Sinne, die den Disziplinarverwaltungen die Mitarbeit empfiehlt, wurde nach kurzer Diskussion angenommen.

Die Diskussion über den Offenen Brief der kommunistischen Jugend wurde auf Antrag von der Tagesordnung abgesetzt. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß das Interesse für die gewerkschaftliche Jugendarbeit erheblich im Wachsen ist.

Konsumgenossenschaften und Brotpreiserhöhung.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine faßte in seiner Sitzung am 11. August einstimmig folgenden Beschluß:

„Das Tarifamt empfiehlt den Genossenschaften, soweit die Angelegenheit nicht durch anderweitige Abmachungen geregelt wird, die Erhöhung des Brotpreises ab 15. August für die bei ihnen beschäftigten Personen durch eine Lohnzulage auszugleichen, die auf 12 M. wöchentlich bemessen ist. Ebenso empfiehlt es, einen Ausgleich für die in Aussicht stehende Mietsteuer ab 1. Oktober durch eine wöchentliche Zulage von mindestens 1,50 M. zu schaffen.“

Wiederaufnahme der Arbeit durch die Straßenbahner in Krefeld. Die Straßenbahner haben am Sonntag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Zugeständnisse in der Lohnfrage in Aussicht gestellt worden sind.

Streik auf hannoverschen Kallbergwerken. Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die Belegschaft der Kallwerke Siegfried I und II in Bogelbeck, Kreis Rothheim, ist am 11. d. M. in den Streik getreten. Die Werkleitung hat der ganzen Belegschaft auf Anweisung der Generaldirektion gekündigt.

Gewerkschaftsunterkommission Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichterrade; 13. Verwaltungsbz. Mittwoch 8 Uhr, im „Bürgergarten“, Berliner Str. 165, Tempelhof: Sitzung des neu gewählten Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Tempelhof sowie aller freigewerkschaftlichen Betriebsräte. — Die Wahlbescheinigung für die Gewerbegerichts Wahl am 21. August sind ab Mittwoch, von nachmittags 4 bis abends 9 Uhr, unentgeltlich zu haben in Tempelhof bei Ortsmacher, Berliner Straße 61; in Mariendorf bei Streiter, Chausseestr. 27; in Marienfelde bei Kolbenbauer, Berliner Str. 114; in Lichterrade bei Stielor, Dorffstr. 10.

Achtung! SPD-Metallarbeiter und -arbeiterinnen! Konferenz der Obleute und Vertrauensleute, Freitag, den 19. August, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Wichtige Tagesordnung. Fraktionsvorstand um 6 Uhr. Partei- und Verbandsbuch legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband. Branche der Fabrik- und Mobelsticker. Mittwoch, den 17. August, abends 7 Uhr, außerordentliche Branchengemeinschaftsversammlung, Tagesordnung: „Unter Lohnknechten in der Metallindustrie“. Die Betriebsräte werden gebeten, die Holzarbeiter auf obige Versammlung aufzumachen zu machen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirk Groß-Berlin. Dienstag, den 16. August, abends 7 Uhr, im Hotel von Jersora, Reichstr. 15, Allgemeine Versammlung. Gruppe Hausgehilfen. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission von den letzten tagungsbedingten Verhandlungen. 2. Diskussion. 3. Verschiebung. — Gruppe Papier und Pappen: Mittwoch, den 17. August, nachmittags 5 Uhr, in der Schulaula, Stallstraße 14a, wichtige Gruppenversammlung, Tagesordnung: 1. Das Resultat der tagungsbedingten Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion. — Chemischer Großhandel, Mineralöl und Fette: Branchengemeinschaft am Mittwoch, den 17. August, abends 7 Uhr, im Willes Geschäft, Gedächtnisstr. 10. Tagesordnung: Stellungnahme und Beschlußfassung zum letzten Angebot der Arbeitgeber. Jeder Kollege und Kollegin ist verpflichtet, an dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedskarte oder -buch legitimiert. — Sektion 4, Kraftfahrzeugführer. Mittwoch, den 17. August, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Canal 3, Branchengemeinschaft, Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Deutscher Werkmittelverband. Dienstag, den 16. August, nachm. 5 1/2 Uhr, in den Räumen der Geschäftsstelle, Berlin C. 2, Strohaler Str. 26, Fachgruppenversammlung aller in der Holz- und Tabakindustrie beschäftigten Werkmittel usw. Tagesordnung: Die gegenwärtigen Gehaltsverhältnisse. Wohlwolliges Erscheinen wird erwartet. — Betriebsobleute, Betriebsvertrauensleute und Funktionäre der Fachgruppe Metall-Industrie. Abänderung des Tarifvertrages. Versammlung am Donnerstag, den 18. August, abends 7 Uhr, im Restaurant Schulze, Neue Jakobstr. 24/25. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen und ersuchen um Belegung der Legitimation.

Benannt für den redakt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Kräfte: Th. West, Berlin; Berlin: Formidat-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchverlag u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 2. Hierin 1 Blatt.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung „Aparie Neuheiten“ Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21

Billige Woche

Damenstrümpfe
lang, schwarz, feinfädig, Fuß ohne Naht, Ferse und Spitze verstärkt, gute Qualität Paar **6⁹⁵**

Damenstrümpfe
lang, schwarz, feinfädig, Fuß ohne Naht, mit Doppelsonde und -Ferse Paar **8⁹⁵**

Damenstrümpfe
lang, schwarz, florartiges Gewebe, mit breitem Doppelpand, Doppelsonde und -Ferse Paar **10⁹⁵**

bei Jandors

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Kinder-Stiefel Rindbox, hoher Schaft, Kornleder-Sohlen
Größe 27-30 **79⁵⁰** Größe 31-35 **89⁵⁰**

Halb-Schnürschuhe
für Damen, echt Chevreaux, hoher Absatz, rassige Form Paar **138⁰⁰**

Schnürstiefel
für Damen, R. Chevreaux, extra hoher Schaft, elegante Form Paar **159⁵⁰**

Agraffenstiefel
für Herren, echt Box calf, moderne Form, karnige Sohle Paar **159⁵⁰**

Damenwäsche
Taghemd Renforce mit breiter Stickerei **27⁹⁰**
Taghemd aus vorzüglichem Renforce m. reich. Stickerei-Garnier. **32⁵⁰**
Kniebeinkleid Renforce mit Stickerei-Ansatz ... **26⁵⁰**

Schürzen
Blusenschürze Wiener Form gemusterte Stoffe. **9⁵⁰**
Blusenschürze Wien Form, a. gut gepunkteten Stoffen **19⁵⁰**
Blusenschürze Wien Form, gestreift, od. geblümt **28⁵⁰**

Taschentücher
Taschentücher Linon, mit eingew. bunter Kante. **2⁸⁵**
Taschentücher für Damen, Balist u. Lanette u. imitiert. Fisel-Ecke **2⁷⁵**
Taschentücher für Herren, buntfarbig **3⁹⁰**

Lederwaren
Lockennadeln 2 Pakete **15^{PT}**
Haarnadeln glatt od. gewellt, Paket **25^{PT}**
Sicherheitsnadeln sortiert Mappe **65^{PT}**

Kurzwaren
Nähnadeln Brief **95^{PT}**
Stern-Zwirn schwarz oder weiß Stern **65^{PT}**
Makko-Senkel ca. 100 cm ... Paar **75^{PT}**

Papierwaren
Beutelringe Paar **95^{PT}**
Strumpfhalter für Kinder, Gummi-band Paar **95^{PT}**
Strumpfhalter für Damen, la Gummi-band Paar **2⁹⁵**

Lederwaren
Brieftaschen in guter Ausführung **48⁰⁰**
Damen-Handtaschen groß, mod. Form **68⁵⁰**
Aktenmappen mit Ledergriff, **69⁵⁰**

Seifen
Blitzblank - Putzpulver Paket **50^{PT}**
Toilettenseife Stück **2⁴⁵**
Terpentinseifenpulver (Salmiak) 3⁷⁵ Paket **3⁷⁵**

Papierwaren
Briefordner Hebelssystem mit Register und Griffloch **95⁰⁰**
Durchschlagpapier 1000 Blatt **19⁵⁰**
Hanf-Umschläge 1000 Stück **29⁰⁰**